

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 29 / 01. SEPTEMBER 23

Les Vignes
EST. 2015

**Europäische Weine
aus nachhaltiger Produktion -
klimaneutral geliefert.
Stöbern Sie in der Weinhandlung
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich
044 542 82 09 | wein@les-vignes.ch | les-vignes.ch

KVA HORGEN

Der Weg zur klimaneutralen Kehrichtverbrennung

SEITE 17

CRITICAL MASS

**Die Bewilligungspflicht
und ihre Konsequenzen**

S. 14

IM GESPRÄCH

**100 Jahre Zürcher
Studierendenzzeitung**

S. 12 - 13

«RUÄCH»

**Vorsichtig abtastende
Annäherung ans Jenische**

S. 23

Ventil Malerei

Julian Denzler und Eve Hübscher erinnern an den gemäss Polizei «mutmasslichen Rädelsführer» der «Winterthurer Ereignisse» Aleks Weber (1961–1994), und zwar indem sie auf die Kunst des autodidaktischen Malers fokussieren. Zwei aufeinanderfolgende Demonstrationen gegen militärische Aufrüstung zeichnen für den Auftakt der dortigen Jugendunruhen ab Herbst 1980, denen eine Reihe von Farb-, Brand- und Sprengstoffanschlägen unter anderem auf das Haus von Bundesrat Rudolf Friedrich folgten, worauf die «grösste je im Kanton Zürich durchgeführte Polizeiaktion» (Wikipedia) stattfand. Aleks Weber wurde inhaftiert und ein Jahr später (!) erstinstanzlich zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Freundin nahm sich in der Haft das Leben, er steckte sich im Gefängnis



Aleks Weber: «L'histoire d'Aleks», 1986 (Foto Martin Stellenwert / SIK-ISEA)

an einer unreinen Spritze mit HIV an. Seine Malerei umkreist existenzielle Fragen des Seins. *froh.*
«Aleks Weber: Malen gegen die Enge», 1.9. bis 29.10., Oxyd Kunsträume, Winterthur. Vernissage: Fr, 1.9., 18h, ebenda. www.oxydart.ch

Rassismen

Der schwule Intellektuelle, Schriftsteller und Vorkämpfer der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung James Baldwin (1924–1987) schrieb seine Erfahrungen aus einem Leukerbad-Aufenthalt im Essay «Stranger in the Village» nieder, worin er



Jonathan Horowitz: «Power», 2019 (Foto Robert Glowacki)

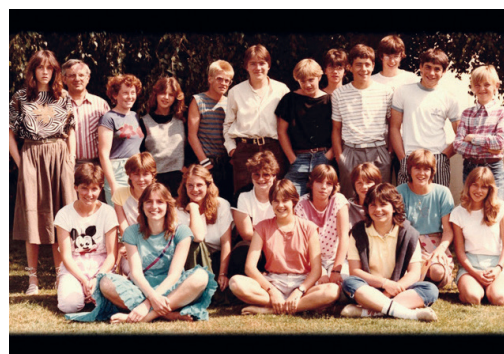
ausgehend vom dort erlittenen Alltagsrassismus zu einer grundsätzlichen Brandrede ausholte. Die Kuratorin Céline Eidenbenz hat im Austausch mit

einem Advisory Board die gleichnamige Gruppenausstellung erarbeitet, in der sie Werke von über drei Dutzend internationalen Künstler:innen in einen Kontext dazu stellt und via die Kunst zu ergründen sucht, wie die Schweiz(er Bevölkerung) heute dem Rassismusvorwurf begegnet. Ziel soll gemäss Ankündigung eine Bewusstwerdung des jeweils eigenen Rassismus werden, was auch via kunstpädagogischer Vermittlung und Möglichkeiten zur Teilhabe erreicht werden will. *froh.*

«Stranger in the Village. Rassismus im Spiegel von James Baldwin», 3.9. bis 7.1.24, Aargauer Kunsthhaus, Aarau. Vernissage: Sa, 2.9., 17h, ebenda.

Breitseite

Letztmals live rechnete Ariane Anderegg im vorletzten Frühling mit «Age on Stage» im Fabriktheater mit der anscheinend schicksalshaften Verortung im Aus für eine Schauspielerin über 50 mit den kapitalistischen Mechanismen ab. Unterdessen hat sie (mit Ted Gaier) ein filmisches Essay



über ihre Jugendjahre im Thurgau geschaffen, das genauso fadengrad die mangelnde soziale Durchlässigkeit beklagt. Spitz formuliert, hintersinnig klug und immer auch charmant, dekonstruiert sie die sich langjährig hartnäckig gehaltene «sozialen Leiter für alle» als eine Mär. Mit Fleiss und Freundlichkeit erreichen alle alles, heisst, wohingegen bei Licht betrachtet die Herkunft sich in der Realität als matchentscheidend für das Fortkommen erweist. «Klassenverhältnisse am Bodensee» ist eine Art Schnipsselfilm aus Konfrontationen mit Verklärungen. Denken muss das Publikum selber. *froh.*

«Klassenverhältnisse am Bodensee», 3. bis 14.9., 12h, Kino Xenix, Zürich. 17. und 25.9., Kino Cameo, Winterthur.

Jubiläum

Seit 1923 erscheint die ZS, heute «Zürcher Studierendenzeitung», als mehrheitlich aufmüpfiges Blättchen in wechselndem Erscheinungsrhythmus und bei gleichbleibend klammen Finanzen. Zum 100. Jubiläum erscheint «100 Jahre Zoff» von Johannes Luther, Michael Kuratli und Oliver Camenzind (Verlag Hier und Jetzt 2023, 352 Seiten, 39 Franken/siehe auch «im Gespräch» auf den

Seiten 12/13 dieser Ausgabe). Die Buchvernissage findet im genauso geschichtsträchtigen Cabaret Voltaire statt, wo gegen die Sinnlosigkeit von Krieg mit sinnfreier Poesie reagiert worden war. Tabellarisch ist bereits auf der Website der Zeitung ein historischer Abriss vorhanden, also kann sich das Druckwerk auf Anekdotisches stürzen, was mutmasslich – vor allem bei Zeitzeug:innen – Erinnerungen an die eigenen

Sturm- und Drang-Jahre und vielleicht auch einen neuen Mut zu wieder mehr Frechheit weckt. *froh.*

«100 Jahre Zoff. Die Geschichte der Zürcher Studierendenzeitung», Mi, 6.9., 20h, Cabaret Voltaire, Zürich. www.zsonline.ch/100

Optimierungswahn

Rüdiger Burbach eröffnet die Spielzeit des Theaters Kanton Zürich mit Ella Roads Dystopie «Die Laborantin» (uraufgeführt 2018). Schwer erinnernd an das digital überwachte Sozialkredit-System in China geht die Autorin in ihrem Stück von einer Zukunft aus, in der die eigene genetische Anlage entlang einer Werteskala matchentscheidend für restlos alles im Leben ist: Kreditwürdigkeit, Karriereschritte, Paarungseignung. Ein Bluttest sagt alles. Vier Personen stehen im Mittelpunkt, die sich



(Bild: Tanja Dorendorf)

alle auf ihre Art mit einem Leben wie auf Schienen zu arrangieren anstrengen oder im Umkehrschluss eine tendenziell kriminelle Abkürzung wählen, die ihnen unerwartete Vorteile und Reichtum in Aussicht stellt. Inwieweit eine Totalüberwachung von Gesundheit die aktuell zurückliegenden drei Jahre in ihrer originären Dringlichkeit einigermaßen schadlos überstanden hat, wird sich herausstellen müssen. *froh.*

«Die Laborantin», Do, 7. bis Di, 12.9., Theater Kanton Zürich, Winterthur. Danach Tournée.

«Im Asyl sehe ich grossen Handlungsbedarf»

Ob Daniel Jositsch sich um einen Bundesratssitz bewirbt, entscheidet sich im September. Sicher ist, dass er, der in fünf Kommissionen des Ständerats arbeitet, weiter politisch gestalten will. Das Gespräch mit ihm führte Koni Loepfe.



Falls Sie wie erwartet am Rennen als Bundesrat teilnehmen, sind die Ständeratswahlen für Sie eine Art Testvolkswahl auf kantonaler Ebene für den Bundesrat. Da würde eine klare Wahl schon im ersten Wahlgang sicher helfen.

Daniel Jositsch: Die Abfolge der Wahlen und der mediale Fokus auf Personen und Zuspitzungen führen dazu, dass die Ständeratswahl diese Komponente hat. Trotzdem: Es geht am 22. Oktober vor allem darum, den Ständeratssitz in Zürich für die SP zu behaupten. Selbstverständlich wäre eine Wahl im ersten Wahlgang wünschenswert, aber davon auszugehen, dass mir dies einfach gelingt, ist etwas anmassend. Vor acht Jahren schaffte ich es knapp, vor vier Jahren half mir die polarisierende Kandidatur von Roger Köppel. Dieses Mal ist die Konstellation anders: Mit Gregor Rutz kandidiert für die SVP einer, der bei der FDP keine Abwehrmechanismen provoziert, die Mitte präsentiert mit Philipp Kutter einen starken Kandidaten und Daniel Leupi, Tiana Angelina Moser und Regine Sauter können Wähler:innen breit mobilisieren. Selbstverständlich wird mein Abschneiden im Zusammenhang mit der Bundesratswahl kommentiert, aber ich bin überzeugt, dass die Wähler:innen am 22. Oktober über den Ständerat für Zürich abstimmen und nicht über eine mögliche Bundesratskandidatur von mir.

Damit zum Fazit der letzten vier Jahre. Meine Wertung: Die Schweiz kann Krise recht gut, die Lösung langfristiger Probleme weniger.

Es war fast eine verlorene Legislatur. Die grossen Fragen Europa, Stabilisierung der Sozialwerke und Migration stehen immer noch fast unverändert auf der Liste. Während in der Krise vor allem der Bundesrat gefragt ist und Alain Berset die Corona-Zeit bei aller Kritik an Einzelheiten hervorragend managte, fehlt im Parlament oft der Wille zum Kompromiss und zum Konsens.

Aus meiner Sicht ist eine innenpolitische Einigung zur EU am schwierigsten.

Ich glaube nach wie vor, dass wir bei den institutionellen Fragen zu einer Einigung mit der EU

kommen müssen. Das damalige Rahmenabkommen hätte im Parlament eine Chance zur Mehrheit gehabt; wenn es um ein Ja oder Nein gegangen wäre, hätten sich viele überlegt, ob sie das Rahmenabkommen wirklich abschliessen wollen. Jetzt ist es ganz schwierig. Ich bin in der ausserpolitischen Kommission und wir haben mit vielen Parlamentarier:innen der EU gesprochen. Alle haben sinngemäss gesagt: Ihr seid Nette, aber ihr seid zu wenig wichtig und ihr habt die Verhandlungen abgebrochen. Für uns interessiert sich in der EU vor allem Deutschland, für die restlichen Länder sind wir vernachlässigbar. Solange wir uns wie jetzt wie jemand benehmen, der in einer stärkeren Position ist, es aber nicht ist, kommen wir nicht weiter. Wir werden nicht darum herumkommen, zu einem konkreten Abkommen mit Vor- und Nachteilen Ja oder eben Nein zu sagen.

Bei den Sozialwerken dürfte es dank des Drucks etwa der steigenden Krankenkassenprämien etwas einfacher sein, eine Lösung zu finden.

Ohne auf Details einzugehen: Zweidrittel der Gesundheitskosten verursachen der medizinische Fortschritt und das zunehmende Alter. Dies nicht allen zugute kommen zu lassen, will eine Mehrheit sicher nicht. Mit mehr Effizienz und mit einem Abbau des Systems der vielen konkurrierenden Krankenkassen liegen einige Verbesserungen drin. Sie für eine Volksabstimmung mehrheitsfähig zu gestalten, ist sehr anspruchsvoll. Bisher sind jedenfalls einige hochkompetente Bundesrät:innen daran gescheitert.

Kommen wir zur Migration und dem Asyl.

Was sich in Europa derzeit abspielt, ist ein humanitäres Desaster, an dem wir beteiligt sind. Unser Gesetz enthält ein Recht auf Asyl, aber man muss den Antrag an der Landesgrenze stellen. Praktisch bedeutet dies, dass man sich meist illegal und gefährlich zur Schweizer Grenze durchkämpfen muss. Das Dublin-Verfahren ist ein Schönwettersystem, das nur mit kleinen Flücht-

lingsströmen funktioniert. Wir und Europa hatten seit 2015 Zeit, eine bessere Lösung zu finden und haben beide wenig bis nichts getan. Und nun sind wir auf bestem Weg, in eine Notfallsituation zu geraten, die dann der Bundesrat wieder mit Notrecht bewältigen muss. Auch weil wir in der Migrationspolitik vor allem mehr an innenpolitischen Markierungen als an Problemlösung orientiert sind. Vielleicht wird das nach den Wahlen etwas besser, wenn FDP und Mitte sehen, dass ihr Rechtsrutsch ihnen nichts gebracht hat.

Sie sind in fünf Kommissionen. Was läuft in den anderen?

In der Rechtskommission geht es um die Umsetzung der Konzernverantwortungsinitiative, die wir ja an der Urne faktisch gewonnen haben. Und dann bin ich noch in der CS-PUK. Dort suchen wir in einem sehr hohen Rhythmus in zwei Jahren weniger Schuldige als Möglichkeiten, Rahmenbedingungen zu finden, die mindestens eine Grossbank erhält, ohne dass die Steuerzahler:innen für Missmanagement und exzessive Boni bei Verlusten geradestehen müssen.

Zuletzt: Sie haben sich im letzten Dezember bei der Nachfolge von Simonetta Sommaruga einige Gegner:innen geschaffen. Wie sehen sie dies heute?

Mir war damals klar, dass die SP zwei Frauen auf ihr Ticket setzen wird, wenn sich gute Kandidatinnen melden, was ja auch der Fall war. Ich wehrte mich dagegen, dass Männer von vornherein aus der Bewerbung ausgeschlossen werden. Das bezeichnete ich als Diskriminierung, und diesen Begriff würde ich angesichts der realen Diskriminierung vieler Frauen nicht mehr verwenden. Ich habe aber das Ticket der Fraktion sofort akzeptiert. Ich wusste, dass rund 60 Rät:innen im ersten Wahlgang als Protest für mich stimmen würden und dass sich diese Stimmen ab dem 2. Wahlgang auf die beiden offiziellen Kandidatinnen verteilen würden. Ich habe dies zwei Tage vor der Wahl dem Fraktionschef Roger Nordmann so mitgeteilt. Es wurde mir nachher vorgeworfen, dass ich nach dem ersten Wahlgang nicht ans Rednerpult gegangen bin. Ich hielt die Situation aber für ungefährlich und dachte: Wäre ich nach dem ersten Wahlgang ans Rednerpult gegangen, hätte es geheissen, der Jositsch macht sich wieder wichtig.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

P.S. hat die Kandidat:innen von Links bis Mitte dazu befragt, warum gerade sie den Kanton Zürich im Ständerat vertreten sollten. Den Anfang macht Daniel Jositsch (SP).

Vor einem giftigen Urnengang

Mit 87 zu 83 Stimmen erlaubt der Kantonsrat dem Verwaltungsrat der Flughafen AG, beim Bund das Projekt einer Verlängerung von zwei Pisten einzureichen und dann wohl bis 2034 für 250 Millionen Franken auch zu bauen. Vorausgesetzt, die Stimmberechtigten lehnen das bereits eingereichte Referendum von SP, Grünen und AL im nächsten Jahr ab.

Koni Loepfe

Die Zahlen sind eindrücklich: 81 Redner:innen ergriffen in der Debatte um die Pistenverlängerung vom 19. Juni und vom vergangenen Montag das Wort, und sehr viele mussten von Ratspräsidentin Sylvie Matter abgeläutet werden, da sie in fünf Minuten nicht sagen konnten, was sie alles wollten. Es war eine intensive und auch klare Debatte, aber vom Inhalt und auch von der Rhetorik her eher eine langweilige Auseinandersetzung, die nie wirklich entgleiste und bei der im Gegensatz zu früheren Flughafenstreiten (etwa abgelehnte Pistenverlängerung 2009) die regionalen Gegensätze eine bedeutend kleinere Rolle spielten, auch wenn sie zum knappen Ergebnis beitrugen.

Die grossen Bürgervereinigungen kämpften früher mit Verve gegen den Lärm, wobei sich die verschiedenen Himmelsrichtungen mitunter intensiv bekämpften (am lautesten der Süden). Die Einführung der Nachtruhe von 23 Uhr bis 6 Uhr und die immer noch lauten, aber heute doch deutlich leiseren Flugzeuge haben diesem Streit einiges an Brisanz genommen. Die Pistenverlängerungen entlasten tendenziell den Süden von Lärm und belasten den Osten und den Norden, ohne dass dieses Thema die Debatte dominierte. Markus Schaaf (EVP) begründete sein Nein im Gegensatz zur Fraktion damit, dass «die Tössstaler:innen die Looser der Pistenverlängerung sind», und Priska Häni-Mathis (Mitte, Regensdorf) meinte: «Was nützt mir eine florierende Wirtschaft, wenn mich der Lärm krank macht?» Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Hans Egli (EDU, Steinmaur), Michael Biber (FDP, Bachenbülach) und Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein) beteiligten sich nicht an der Debatte, aber sie wollten nicht Ja sagen zu mehr Lärmbelastung ihrer Region.

Die Frage der Kapazität

Die aktuelle Debatte drehte sich vor allem um die Frage, ob die Pistenverlängerungen der Sicherheit oder ob sie der Erhöhung der Kapazität dienen. Auch wenn nur Ruth Ackermann (Mitte) die Gegner:innen faktisch beschuldigte, für eine Katastrophe die Verantwortung tragen zu müssen, betonten etliche Befürworter:innen den Sicherheitsaspekt. Auch Regierungsrätin Carmen Walker Späh erinnerte intensiv daran, dass der Bund die Pistenverlängerung als wichtigsten Schritt zur Verbesserung der Sicherheit vorschlägt bis fordert. Gleichzeitig stritten aber zumindest die Ehrlichen unter den Befürworter:innen nicht ab, dass vor allem die Sicherheit des Flugplans gemeint ist. Was

dazu führe, dass, mit weniger Verspätungen tagsüber, nach 23 Uhr zum Abbau der Verspätungen weniger geflogen werden müsse. Für die Gegner:innen der Verlängerungen hingegen ist klar, dass man nicht 250 Millionen Franken ausgibt, um dafür keinen Gewinn einzufahren, sprich die Flugkapazität zu erhöhen.

Für Ueli Bamert (SVP, Zürich) handelt es sich bei der Pistenverlängerung um ein «marginales Bauprojekt», etwa vergleichbar einer Stollensanierung für das Abwasser, und bei der Gegenwehr um ein «Affentheater». Die Linke versuche «krampfhaft eine ideologische Klimadebatte herbeizureden». Abgesehen vom «krampfhaft» und «Affentheater» gab ihm Felix Hoesch (SP) recht.

Abgesehen vom «krampfhaft» und «Affentheater» gab Felix Hoesch (SP) Ueli Bamert (SVP) recht: «Debatten sind dazu da, um die eigenen Standpunkte klar darzustellen und auch die Weltanschauung dahinter.»

«Debatten sind dazu da, um die eigenen Standpunkte klar darzustellen und auch die Weltanschauung dahinter.»

Wie steht es in der Realität mit der Kapazitätserhöhung, die nach den Worten der Befürworter:innen nicht oder kaum stattfindet und nach den Gegner:innen der eigentliche Hauptzweck der Verlängerungen ist? Oder wie es David Galeuchet (Grüne) ausdrückte: «Mehr Gewinn geht bei der Flughafen AG nur über mehr Passagiere.» Sei dies, was die meisten meinten, mit mehr Flügen, oder wie Felix Hoesch ausführte: «Längere Pisten erlauben grössere Flugzeuge, und die machen mehr Lärm.»

Der Zürcher Flughafen fliegt einen Flugplan, den man mit guten Gründen einen Sonntagsflugplan nennen kann. Er funktioniert ohne Verspätungen, wenn – abgesehen von den unbeeinflussbaren europäischen Flugturbulenzen – das Wetter den Ostanflug auf der recht kurzen Piste 28 erlaubt. Vor allem bei Bise oder bei Regen ist dies oft

nicht der Fall, der Flughafen muss umstellen und erreicht so die möglichen 65 stündlichen Flugbewegungen nicht. Was zu Verspätungen führt. Mit den Pistenverlängerungen ist eine Umstellung kaum mehr nötig, und das Maximum kann auch bei normal schlechten Wetterbedingungen geflogen werden. Die Verspätungen sind nicht nur lästig, sondern auf die Dauer auch geschäftsschädigend. Der Zürcher Flughafen ist durchaus dabei, seinen guten Ruf zu verlieren, und insofern wäre bereits die sichere Einhaltung des bestehenden Flugplans ein Gewinn. Kommt hinzu, dass der Flughafen und ein Grossteil der kantonsrätlichen Befürworter:innen davon ausgehen, dass die Nachfrage wächst. Dafür ist die Pistenverlängerung immerhin ein Rädchen.

Die Gegner:innen wollen die Probleme des Flughafens und vor allem des Klimas mit einer langsamen Reduktion der Flugbewegungen lösen. Sie akzeptieren die wirtschaftliche Rolle des Flughafens, sehen aber derzeit keine Möglichkeit, die Klimaschädlichkeit des Fliegens ohne weniger Flüge zu vermindern. Darum kommen für die Grünen, die SP und die AL Investitionen in den Flughafen, die auch nur eine leichte Mehrkapazität erlauben, nicht infrage, auch wenn es den Kanton keinen Rappen kostet.

Die GLP agierte unglücklich. Sie wäre einer Pistenverlängerung nicht abgeneigt, wenn sie dafür etwas bekommt. Etwa für eine frühere Nachtruhe (22 statt 23 Uhr). Dafür hatte Carmen Walker Späh gar kein Gehör und beschwor das Ende des Hubs Zürich, wenn die Langstreckenflüge mitten in der Nacht in Rio ankommen müssten. Da sie nichts erreichten, sagte die ganz grosse Mehrheit der GLP Nein. Die drei Ausnahmen: Benno Scherrer stimmte Ja, Claudia Hollenstein und Cristina Cortellini enthielten sich. Hätten sie Nein gestimmt, wäre mit Stichentscheid der Präsidentin ein Nein herausgekommen. Was insofern nicht ganz stimmt, als der klare Befürworter René Isler (SVP) sich nicht aus diplomatischen Gründen während der Abstimmung auf dem WC aufhielt.

Die Ausgangslage für die Urnenabstimmung ist offen. Bisher erhielt der Flughafen für seine Anliegen immer satte Zustimmungen. Andererseits benahmen sich die sehr gut bezahlten Flughafenverantwortlichen mit der einseitigen Parteifinanzierung und auch sonst nicht gerade geschickt. Carmen Walker Späh ist ausgesprochen engagiert, aber sie polarisiert. Engagiert dürften beide Seiten sein.

Eine Stadt für Autos – oder für alle?

Der Zürcher Gemeinderat hat sich für Sofortmassnahmen für einen sichereren Schulweg am Escher-Wyss-Platz ausgesprochen – gegen die Stimmen der SVP. Überwiesen wurde auch ein Vorstoss zur Verhinderung von digitaler Gewalt.

Nicole Soland

An der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend verlangten Markus Knauss (Grüne) und Carla Reinhard (GLP) mit ihrem dringlichen Postulat die «Verbesserung der Verkehrssituation rund um den Escher-Wyss-Platz für Schulkinder und weitere Verkehrsteilnehmende mit rasch umsetzbaren Massnahmen». Hintergrund des Vorstosses ist ein tragisches Ereignis: Im Dezember 2022 wurde dort ein Knabe, der auf dem Weg in den Chindsgi war, mutmasslich von einem Auto oder Lastwagen überfahren (P.S. berichtete). Die Ermittlungen zum Unfallhergang sind noch nicht abgeschlossen.

Markus Knauss erklärte, auf einstigen Industriearealen werde vermehrt gewohnt, so auch in der Nähe des Escher-Wyss-Platzes: Dieser sei heute ein Quartier-, wenn nicht gar ein Stadtteilzentrum und müsse entsprechend gestaltet werden. Zwar gebe es einen Schulwegplan, doch der Escher-Wyss-Platz sei für alle «schwierig» und insbesondere für Fussgänger:innen und Velofahrer:innen «sehr gefährlich». Unterdessen sei die Verwaltung «ein bisschen aus ihrer Lethargie erwacht», es gebe «immerhin eine Vorstudie», doch bis der Platz fertig umgestaltet sei, dauere es. Deshalb verlangten er und Carla Reinhard Sofortmassnahmen: Das könne beispielsweise ein Lotsendienst sein wie am Albisriederplatz, sagte Knauss, aber auch Tempo 30 – «und vielleicht sollten wir mutig sein und einen Versuch mit einem Spurabbauwagen», stellte er in den Raum.

Widerspruch von der rechten Ratsseite war ihm damit sicher: Stephan Iten (SVP) erklärte, dass Knauss, «der sowieso in der ganzen Stadt Tempo 30 möchte», aus diesem «tragischen Fall ein Politikum» mache und «mittels Salami taktik» Tempo 30 fordere, sei «pietätlos». Dies umso mehr, als man

«Wer war zuerst – die Strasse oder das Schulhaus?»

Stephan Iten, SVP

immer noch nicht wisse, wie es zu dem Unfall gekommen sei. Dass er mit Tempo 30 nicht passiert wäre, sei jedenfalls «an den Haaren herbeigezogen». Zudem sei der Bub «nicht auf der richtigen Route» unterwegs gewesen, und überhaupt: «Wer war zuerst – die Strasse oder das Schulhaus?» Die

se Schuldzuweisung gehe gar nicht, protestierte Tanja Maag (AL), die Umgebung dort müsste so oder so sicher sein. Und Carla Reinhard wollte sich den Vorwurf nicht gefallen lassen, den Unfall zu instrumentalisieren: «Ohne Druck gibt es keine Veränderung», hielt sie fest. Eltern hätten sich schon viel früher Sorgen gemacht wegen der gefährlichen Situation. Alles zu lassen, wie es sei, nur damit das Auto stets Priorität habe – das könne es nicht sein.

Stefan Urech (SVP) entgegnete ihr, sein Schulweg habe auch über den Escher-Wyss-Platz geführt, und es sei dort «nicht einfach». Aber was einem richtig den Puls hochtreibe, sei nicht die Überquerung der Strasse, sondern der Platz selbst, wo das Nebeneinander von vier Tramlinien, Velos, E-Scootern, Trottinets etc. für Probleme Sorge.

«Was war zuerst – Menschen, die zur Schule gehen, oder Autos?»

Sven Sobernheim, GLP

Andreas Egli (FDP) sagte, nach einem solchen Unfall müsse der Stadtrat die Sicherheit anschauen. Dabei könne er zum Schluss kommen, dass es Lotsen und Tempo 30 brauche, oder dass die Schulwegführung geändert werden müsse, oder dass man möglicherweise die Unterführung wieder öffnen müsse – was es sein werde, könne er auch nicht vorwegnehmen.

Sven Sobernheim (GLP) fasste sich gewohnt kurz: «Was war zuerst – Menschen, die zur Schule gehen, oder Autos?» Die Antwort sei einfach... Das wiederum fand Stephan Iten «ein bisschen billig»: Es brauche mehr Schulhäuser, weil mehr Menschen nach Zürich zögen, kurz: Die Masseneinwanderung ist mal wieder an allem schuld.

Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart betonte, dieser «komplexe Verkehrsknoten» brauche dringend eine Verbesserung. Dem Stadtrat sei auch klar, dass dort die zeitliche Koordination von Strassen- und Wohnungsbau nicht gestimmt habe. Seit dem Unfall bestehe ein enger Austausch mit dem Quartier, und es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden.

Bereits sei ein zweiter Fussgängerstreifen vor dem Schulhaus Heinrichstrasse markiert und bei

der Tramhaltestelle an der Limmatstrasse eine «Füsschenmarkierung» angebracht worden, die den Kindern zeige, wo sie warten müssten. Tempo 30 sei angedacht, und im Winter starte die Mitwirkung der Bevölkerung für das neue Projekt, doch es werde erst nach der neuen Siedlung beim Tramdepot Hard fertig. Deshalb stehe als Notlösung ein Lotsendienst zur Diskussion. Der Rat überwies das Postulat mit 103:13 Stimmen, dagegen war nur die Autopartei... äh, die SVP, natürlich.

Mit ihrem Postulat forderten Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Alan David Sangines (SP, nicht mehr im Rat) sowie vier Mitunterzeichner:innen ein Massnahmenpaket zur Verhinderung von digitaler Gewalt und zur Unterstützung von Betroffenen. Dass solche Gewalt ein Problem sei und etwas dagegen unternommen werden müsse, fanden zwar die meisten Redner:innen, nur Derek Richter witterte mal wieder «linke Vetterliwirtschaft» und einen «links-grünen Sumpf». Die GLP habe Stimmfreigabe beschlossen, sagte Sven Sobernheim: Wir hätten zwar ein Problem mit digitaler Gewalt, aber innerhalb seiner Fraktion sei man sich uneins, ob es eine städtische Aufgabe sei, dagegen vorzugehen. Für die FDP ist es das nicht, sie sagte deshalb Nein. Mit 75:42 Stimmen kam das Postulat durch.

Reklame



PAROLENSPIEGEL FÜR DEN 3. SEPTEMBER

Stadt Zürich

«Stadtgrün» – 1

A. Volksinitiative «Stadtgrün» (Änderung der Gemeindeordnung)

Nein: AL, Die Mitte, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP, SVP

B. Direkter Gegenvorschlag (Änderung der Gemeindeordnung)

Ja: Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Nein: FDP

Noch nicht vorliegend: SVP

C. Stichfrage

Direkter Gegenvorschlag: Die Mitte, GLP,

Grüne, SP, EVP, AL

Initiative: FDP

Stimmfreigabe: SVP

«Stadtgrün» – 2

D. Indirekter Gegenvorschlag (Rahmenkredit von 130 Millionen Franken)

Ja: Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Nein: FDP, SVP

Dritte Verbrennungslinie Kehrrechtverbrennungsanlage Hagenholz

Ja: AL, Die Mitte, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP, SVP

Neubau und Erweiterung Schulanlage Triemli/In der Ey

Ja: Die Mitte, FDP, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Nein: SVP

Reklame

FRIEDEN STIFTEN – ABER WIE?

Friedenspolitisches Podium mit:

ROXANE STEIGER, GSoA (Moderation)

THOMAS GREMINGER, ex OSZE,

sowie den Nationalratskandidierenden

ANNA-BÉATRICE SCHMALTZ (Grüne),

FABIAN MOLINA (SP),

JEAN-DANIEL STRUB (SP)

WANN

Dienstag, 5. September, 19.30 Uhr
anschliessend Apéro

WO

Restaurant Falken

Birmensdorferstr. 150, Zürich

AM 22. OKTOBER 2023 LISTE 2 WÄHLEN!



FORUM

Das Fundament der Veränderung

Die Selbstvertretung nimmt ihren Lauf bereits bei unserer menschlichen Entwicklung als Säugling. Wir suchen Wege, der Umwelt unsere Ur-Bedürfnisse zu vermitteln und üben so Selbstvertretung aus. Ihre Vielfalt können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht ermessen – ihre effektive Wirkung erkennen wir jedoch intuitiv. Auf diese Weise nimmt sie einen beständigen Platz ein und formt als auch prägt unsere persönliche Weiterentwicklung.

Blickt man in die Vergangenheit verschiedener Bevölkerungsschichten und Gesellschaften, so stellt man fest, dass die Selbstvertretung den Stein ins Rollen brachte und dies auch noch heute tut. Seien es Frauenbewegungen allerorts auf der Welt, die früher wie auch im Hier und Jetzt lautstark für ihre verwehrten Grundrechte einstehen. Menschen unterschiedlicher Kulturen, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung, die sich zurecht vehement gegen Staatsstruktur und Gesellschaft zur Wehr setzen und damit ihre Rechte einfordern, weil sie Diskriminierung ausgesetzt sind. Die Selbstvertretung bleibt nie ohne Folgen. Positiv wie negativ – nicht für die betroffenen Selbstvertreter:innen, nicht für den Staat, nicht für die Gesellschaft und auch nicht für die Menschen mit Behinderungen.

Die Selbstvertretung kann unglaubliche Energie freisetzen und positive Entwicklungen vorantreiben, die spürbare Veränderungen real und nachhaltig werden lassen. Die Nachhaltigkeit ist von Bedeutung, denn die Veränderung soll nicht von kurzer Dauer sein und anschliessend in der Versenkung verschwinden. Die Nachhaltigkeit soll ein beständiger Ansporn zur Verbesserung des Erreichten verkörpern. Der Weg zu neuen inklusiven Realitäten, die alle Menschen einer Gesellschaft teilhaben und mitgestalten lässt, rückt die Selbstvertretenden ins Licht. Von dem Grundsatz «nichts über uns ohne uns» bin ich zutiefst überzeugt. Das Aussprechen von Alltagsrealitäten durch direkt Betroffene selbst und ihre eigene Einflussnahme öffnet Türen zu zielgerichteten Anpassungen mit gesellschaftlichen und strukturellen Auswirkungen. Sie kann anders gelebte Rechte und Privilegien bewirken, die zu gegenseitigen Begegnungen auf Augenhöhe und mehr Lebensqualität führen.

Doch löst eine Gesellschaft ihre Verantwortung vollumfänglich ein, indem sie gesellschaftlichen Minderheiten auf unterschiedlichen Ebenen Raum zur Selbstvertretung eröffnet? Meine Antwort: Hiermit wird das Fundament gelegt – die gesellschaftliche Verantwortung geht weiter und endet nicht mit der gewährten Selbstvertretung.

Nachhaltige Erfolge kann die Selbstvertretung von Minderheiten auf dem Weg zur Inklusion für die Betroffenen und die Gesellschaft dann erzielen, wenn sie auf fruchtbaren Nährboden trifft. Das heisst: Betroffene als auch Nicht-Betroffene erarbeiten den Weg zum Ziel gemeinsam und ste-

hen gemeinsam in der Pflicht, mit Wissen, ausgearbeiteten Lösungen und Taten die Verantwortung wahrzunehmen und die Veränderungen herbeizuführen. Ich bin bereit, ein Teil dieser Veränderung zu sein und wünsche mir, dass wir es langfristig alle sind.

Simone Feuerstein

Liebe P.S.-Macher:innen

Heute wunderte ich mich, weshalb ich Eure Artikel so richtig seriös durchlas und nicht wie sonst überflog. Ich denke, es sind die grösseren Buchstaben, die klarere Darstellung – vielleicht auch die Konzentration auf das Wesentliche. Kann das sein? Macht weiter so, und ich klebe auch an Nicht-Regenwetter-Nachmittagen an der P.S.-Zeitung!

Mit bestem Gruss, Sämy Rom

Gut gemeint – passieren wird nichts

Leserbrief zur Abstimmung vom 3. September

Am 3. September stimmen wir über die komplexe Vorlage zur Volksinitiative «Stadtgrün» ab. Obwohl seit Jahren bekannt und wissenschaftlich belegt, fanden die zentralen Themen zu Grün, Stadtklima und Biodiversität weder im rot-grünen Stadtrat noch in den Parteien eine adäquate Unterstützung, mit Ausnahme der Grünen und der AL. Fakt ist, trotz Erhöhungen der Stellenprozente und des Budgets über die letzten 30 Jahre in der Verwaltung blieb unter dem Strich wenig Konkretes. Viel Papier, aber kaum eine sichtbare und nachhaltige Wirkung. Der aufgezeigte neue Weg der Initiative scheint mir daher berechtigt und löste ja einiges aus. Die vom Stadt- und Gemeinderat vorgestellte pragmatische Strategie (Budgeterhöhung und Aufstockung der Verwaltung) wird leider, wie gehabt, auch in Zukunft wenig Wirkung zeigen. Gefordert ist jetzt ein längst fälliger Paradigmenwechsel. Bestehende Verfahrensabläufe und Bewilligungsverfahren gilt es zu hinterfragen und durch eine agile, zielführende Strategie abzulösen.

Was tun: Als erster Schritt die Volksinitiative «Stadtgrün» unterstützen und dann konkret praktisches Handeln fordern mit dem Ziel, dass endlich etwas passiert – sichtbar und nachhaltig.

Hans-Peter Rüdüsüli

IN KÜRZE

Mythen und Mieten

Die Denkfabrik Avenir Suisse veröffentlichte am Dienstag ein Papier zum Thema Wohnungsnot mit dem Titel «Mieten und Mythen. Acht Thesen zum Schweizer Wohnungsmarkt auf dem Prüfstand.» Damit will die Denkfabrik nach eigenen Angaben die gängigsten Mythen «sezieren». Dabei stellt Avenir Suisse fest, das vieles, was wir zu glauben wissen, offenbar nicht stimmt. Denn es gäbe gar keine Wohnungsnot. Und die Mieten seien auch nicht zu hoch. Im Gegenteil: «Die Wohnkosten

sind während Jahren nicht überproportional gestiegen, sondern parallel zu den Einkommen; die Wohnfläche und -qualität ebenfalls.» Das Problem seien zu tiefe Bestandesmieten und zu viele Vorschriften und Regulierungen. Die Lösung: Mehr Wohneigentum. Auch wenn sie selber zugeben, dass das ein bisschen wie Marie Antoinettes Lösung klingt, dass das Volk, wenn es kein Brot habe, doch Kuchen essen soll. Kritisiert werden auch die Wohnbaugenossenschaften. Diese würden heftig subventioniert und schaffen trotzdem kein verdichtetes Bauen und seien daher weniger nachhaltig als Private.

Die Publikation stiess erwartungsgemäss auf einigen Widerspruch. So wehrten sich beispielsweise die «Wohnbaugenossenschaften Schweiz», der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, mit einem Communiqué gegen «gezielte Falschaussagen zum gemeinnützigen Wohnungsbau». Avenir Suisse habe in ihrem Papier mit falschen Zahlen und Behauptungen operiert. So seien 85 Prozent der gemeinnützigen Wohnungen ohne staatliche Förderungen finanziert. Die anderen, die beispielsweise Darlehen in Anspruch nehmen, kosten die Steuerzahlenden keinen Rappen. Das gleiche gilt für Baurechte, die via Baurechtszins abgegolten werden. Ebenfalls nicht richtig seien die Zahlen zum Wohnflächenverbrauch. Viele Genossenschaften seien in der Stadt Zürich zudem in einer Zeit errichtet worden, in denen eine geringere Ausnutzung zulässig war. Die Genossenschaften würden jetzt viel in Ersatzneubauten und energetische Sanierungen investieren. Ein vorzeitiger Abriss solcher Siedlungen wäre kaum sinnvoll, wie Andreas Wirz, Präsident von Wohnbaugenossenschaften Zürich ausführte: «Das hätte nicht nur einen massiven Verlust an bezahlbarem Wohnraum zur Folge, sondern würde unnötig graue Energie vernichten und wäre alles andere als nachhaltig.» Zudem würde das Papier nicht berücksichtigen, dass beim Wohneigentum der Flächenverbrauch viel grösser ist und dieses auch die

Zersiedelung fördere. Ebenfalls kritisch äusserte sich die SP Schweiz. «Die Kaufkraft der Menschen sinkt, weil Immobilieneigentümer unverschämte übersetzte und damit illegale Renditen erzielen. Und jetzt kommt Avenir Suisse und sagt, die Menschen sollen sich ein Eigenheim kaufen und nicht mehr in den urbanen Zentren wohnen», sagt SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. «Dabei ist der Anteil derjenigen, die sich Wohneigentum leisten können, auf zehn Prozent gesunken, obwohl es jahrzehntelang 40 Prozent waren. Schuld an den extremen Preisanstiegen sowohl der Immobilienpreise als auch der Mieten sind unter anderem gerade die preistreibenden Immobilienkonzerne. Wir müssen diese illegalen Mietzinserhöhungen bekämpfen und die Expansion von kollektivem selbstbewohntem Eigentum (also Wohngenossenschaften) vorantreiben.» Die SP kritisiert weiter die Angriffe auf das Mietrecht, die auch im Papier vorgebracht würden. *mlm.*

Gesundheitszentren

Die Zusammenführung der Alters- und Pflegezentren der Stadt Zürich zu Gesundheitszentren für das Alter erfordert eine neue, einheitliche Taxregelung. Diese wurde am Mittwoch vom Stadtrat beschlossen und tritt per 1. Januar 2024 in Kraft. Die neue Taxregelung bildet laut Stadtrat die breite Angebotspalette der Gesundheitszentren für das Alter ab und ermöglicht gemäss der Vorgabe der städtischen Altersstrategie 2035 eine erhöhte Durchlässigkeit der Wohnmöglichkeiten für die ältere Bevölkerung mit Unterstützungs- sowie Pflegebedarf. Das neue Taxmodell umfasst insgesamt neun Hotelleriekategorien, die sich am Angebot, an den Eigenschaften des Appartements oder Zimmers sowie an der Lage des Gesundheitszentrums orientieren. Bei den Betreuungstaxen erfolgt gemäss Empfehlung des schweizerischen Preisüberwachers eine Umstellung auf Betreuungspauschalen in allen Gesundheitszentren für das Alter. Die neuen Taxen orientieren sich an der Kostendeckung, schöpfen diese jedoch nicht voll aus. In die neuen Taxen eingeflossen sind auch die Folgen der Teuerung, insbesondere für Energiekosten, aktualisierte Immobilienkosten und die Lohnentwicklung. Die Kostensteigerungen werden hauptsächlich durch höhere Personalkosten verursacht, die zu einem grossen Teil durch die stetige Spezialisierung der Angebote beispielsweise für Menschen mit Demenz erforderlich sind. Insgesamt liegt das Preisniveau der Gesundheitszentren für das Alter nach wie vor unter dem kantonalen Durchschnitt. Neu ist eine regelmässige Überprüfung der Taxen vorgesehen, damit diese den aktuellen Kosten angepasst werden. Die SP Stadt Zürich begrüsst zwar die Vereinheitlichung der Gebühren und die Umstellung auf die Betreuungspauschale, kritisiert aber die neue Taxregelung gemäss einer Medienmitteilung, da diese zu einer Gebührenerhöhung führe. Diese habe die SP immer bekämpft, der Gemeinderat habe zudem eine entsprechende SP-Motion überwiesen. *mlm.*

WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY



Lübecker Bordeaux

Als die Napoleonische Armee 1806 Lübeck besetzt, entdecken die durstigen Soldaten in den Weinkellern Bordeauxweine in rauen Mengen. Erstaunt stellen sie fest, dass diese besser schmecken als der Bordeaux zu Hause. Die Soldaten waren auf den Lübecker Rotspon gestossen. Um Fisch zu konservieren, brauchten die norddeutschen Hansestädte viel Salz, das sie unter anderem von der französischen Atlantikküste importierten. Zur besseren Auslastung der Schiffe wurden diese zusätzlich mit Rotweinfässern aus der Gegend um Bordeaux beladen. Die Winzer daselbst waren damals noch nicht so wohlhabend, sie lagerten ihren Wein in Fässern minderer Qualität. Die betuchten Händler aus den Hansestädten zogen es vor, den Wein vor dem Transport in ihre eigenen, qualitativ besseren Eichenfässer umzufüllen. So wurde der Wein in die Hansestädte transportiert und dort bis zur Trinkreife gelagert. Ende des 15. Jahrhunderts importierte allein Lübeck 1,5 Mio. Liter Wein pro Jahr, die in mehr als 200 Weinkellern gelagert wurden. Über die Gründe für die bessere Qualität wird noch heute spekuliert: Waren es schlicht und einfach die besseren Fässer? Lag es an der stetigen Bewegung derselben bei der Überfahrt? Oder am norddeutschen Seeklima? Sicher ist: Lübecker Rotspon gibt es noch heute zu kaufen, die Fässer gelangen jedoch auf dem Landweg nach Deutschland. Der Wein hat gar Eingang in die Literatur gefunden: In Thomas Manns «Buddenbrooks» wird Rotspon zum Essen kredenzt, und während die Männer sich über Geschäfte unterhalten, gibt Madame Kröger Kochtipps zum Besten, «indem sie in der appetitlichsten Art die beste Manier auseinandersetzte, Karpfen in Rotwein zu kochen... «Wenn sie in ordentliche Stücken zerschnitten sind, Liebe, dann mit Zwiebeln und Nelken und Zwieback in die Kasserolle, und dann kriegen Sie sie mit etwas Zucker und einem Löffel Butter zu Feuer... Aber nicht waschen, Liebste, alles Blut mitnehmen, um Gottes willen...»». Ob Madame dazu den Lübecker Rotspon verwendete, ist nicht überliefert.

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. barbara@laterroiriste.ch

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

**Für Konsument:innen,
denen man nichts
vormachen kann.**

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

Paradigmenwechsel

Eine häufige Klage in der Politik ist die, dass alles immer so lange dauere. Und dass sich kaum etwas verändert. Das stimmt, aber manchmal eben auch nicht ganz.

In den letzten Monaten habe ich begonnen, eine ältere Serie wieder zu schauen. Und zwar «The West Wing», eine Serie über den Arbeitsalltag des US-Präsidenten und seiner engsten Berater:innen. Die Serie lief von 1999–2006. Die Serie ist eigentlich gut gealtert, aber man merkt dann doch, dass sich die Zeiten geändert haben. Und nicht nur wegen der Mode. So ist der fiktive Präsident Josiah Bartlett zwar ein Progressiver, vermeidet aber dennoch tunlichst, gewisse heisse Eisen wie Abtreibung zu diskutieren. Oder darüber, ob

Donald Trump positionierte sich 2016 als Globalisierungskritiker und stellte damit die bisherige Politik der Republikaner auf den Kopf.

Schwule und Lesben in der Armee dienen dürfen. «Don't ask, don't tell» hiess die Devise damals, also nicht fragen und nichts sagen. Nun gut, könnte man sagen, gesellschaftspolitisch hat sich in den letzten Jahren einiges bewegt. In den USA, aber auch in der Schweiz. Eine Ehe für alle wurde problemlos angenommen, zwei Antiabtreibungsinitiativen sind schon in der Sammelphase gescheitert. Die USA haben zwar bei der Abtreibung einen grossen Rückschritt erfahren, aber für die Demokraten ist die Frage vom Pfiu-Thema zum grossen Wahlschlager geworden.

Aber es gibt sogar auch wirtschaftspolitische Veränderungen. Das zeigt eine exemplarische Folge, die sich um den Freihandel dreht. Der fiktive Präsident ist Ökonom und als solcher nicht unbedingt allgemein verständlich. Sein Stab versucht ihn daher auf eine einfache Botschaft einzuschwören: Freihandel Sorge für mehr und für bessere Jobs. Dass es wohl doch nicht so ganz einfach ist und vielleicht auch nicht ganz so stimmt, merkt der stellvertretende Stabschef in der gleichen Folge. Eine Änderung der Politik erfolgt allerdings nicht, denn unter dem Strich glauben die Protagonist:innen dennoch an die einfache Formel, wonach unter dem Strich der Freihandel für alle profitabel sei. Es halt einfach noch etwas mehr Übergangsmassnahmen, mehr Umschulungen, mehr Abfederungen brauche.

Nun gab es immer – auch aus der Ökonomie – durchaus kritische Stimmen und Auseinandersetzungen rund um die Globalisierung, die die kritischen Punkte bei der Globalisierung thematisierten. Dass Globalisierung auch zu einem De-

mokratie- und Souveränitätsverlust führen kann und dass sie nicht nur Gewinner, sondern tatsächlich auch etliche Verlierer schafft. Die Politik selber blieb davon lange grösstenteils unbeeindruckt. Doch mittlerweile hat sich hier die Stimmung geändert. Donald Trump positionierte sich 2016 als Globalisierungskritiker und stellte damit die bisherige Politik der Republikaner auf den Kopf.

Doch auch die Demokraten sind nicht mehr so überzeugt, wie sie es zu Bartletts Zeiten noch waren. Im März hielt der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan eine vielbeachtete Rede bei einem amerikanischen Thinktank, in dem er zugab, dass sich viele Versprechen der Globalisierung nicht ganz erfüllt hätten. Der Freihandel, die globale Zusammenarbeit und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten hätten die Welt nicht per se freier, offener und friedlicher gemacht, wie man dies jahrzehntelang glaubte. Der Journalist Thomas Friedman hatte 1996 die These aufgestellt, dass Länder, in denen es McDonalds-Filialen gäbe, miteinander keinen Krieg führen würden. Dies, weil die Voraussetzung eine ausreichend grosse Mittelklasse ist, die es nicht schätzen würde, wenn ihr Land in den Krieg zieht. In der Realität wurde die McDonalds-These natürlich widerlegt, jüngst gerade in der Ukraine.

Die wirtschaftlichen Interdependenzen haben teilweise die Unsicherheiten sogar erhöht, wie wir jetzt beispielsweise bei den Energiepreisen oder den Problemen mit Lieferketten sehen. Genauso ungelöst ist die Abhängigkeit von gewissen Rohstoffen. Und zudem hätte die Globalisierung auch viele Verlierer produziert.

Das Problem, so Sullivan, sei, dass man geglaubt habe, dass Märkte immer funktionieren und Kapital immer produktiv und effektiv verteilen. In der Realität hätten Deregulierungen und Privatisierungen aber dazu geführt, dass ganze Industrien mitsamt ihren Arbeitsstellen verlagert wurden, ohne dass sie zwangsläufig durch bessere Jobs ersetzt wurden. Der zweite Irrtum sei, dass es nicht darauf ankäme, welche Form von Wachstum man habe. Die Kombination dieser Faktoren führte dazu, dass gewisse Sektoren wie der Finanzsektor bevorteilt wurden, während andere Sektoren wie die Industrie Mühe bekamen. Zusammen mit den fehlenden Investitionen in die Infrastruktur habe dies auch dazu geführt, dass die USA in wichtigen Technologien und Industrien den Anschluss verloren hätten. Sullivan und die Biden-Administration setzten jetzt also auf klassische Industriepolitik, die in den letzten Jahrzehnten aus der Mode geraten ist.

«Bidenomics» nennt Joe Biden sein Wirtschaftsprogramm. Neben der Industriepolitik und Investitionen in die Infrastruktur will er auch die Steuern für Vermögende und Grossunternehmen erhöhen und die Gewerkschaften stärken. «Bidenomics» ist klar als Kontrastprogramm zu den

«Reagonomics» gedacht, die unter Präsident Ronald Reagan propagiert wurden. Dabei ging es vor allem darum, der Wirtschaft freie Hand zu lassen und Steuern für Vermögende, Gutverdienende und Grosskonzerne zu senken, mit dem Versprechen, es würden am Schluss alle davon profitieren. Es ist nicht so, dass keiner mehr diese Art von Politik vertritt. Nur wird nicht mehr behauptet, es würden davon alle profitieren. Vielleicht, weil es sich als zu offensichtlich falsch entpuppt hat. Vielleicht ist nach über vierzig Jahren neoliberaler Propaganda die Steuersenkung auch einfach zum Selbstzweck geworden.

Die Schweiz betreibt keine eigentliche Industriepolitik und lehnt solche Vorstösse und Ansätze regelmässig vehement ab. Das wird als Erfolgsfaktor gepriesen, wie beispielsweise Avenir Suisse 2021 schreibt: «Die Schweiz deindustrialisiert sich

Es ist nicht so, dass keiner mehr diese Art von Politik vertritt. Nur wird nicht mehr behauptet, es würden davon alle profitieren. (...) Vielleicht ist nach über vierzig Jahren neoliberaler Propaganda die Steuersenkung auch einfach zum Selbstzweck geworden.

nicht, sie tertiärisiert sich. (...) Der Strukturwandel hat nicht zum viel befürchteten Anstieg der Arbeitslosenzahlen, sondern zu einer Umschichtung von Arbeitsplätzen geführt.» Das Problem ist allerdings, dass wir diese tertiärisierten Fachkräfte nicht haben, die diese Arbeitsstellen übernehmen sollten. Und dieses Problem auch nicht lösen wollen, weil keiner der möglichen Lösungen – sei es Zuwanderung, die eigene Ausbildung der Fachkräfte oder bessere Vereinbarkeit – eine politische Mehrheit findet. Aber das ist ein anderes Thema. Aber eines, bei dem es auch mal einen Paradigmenwechsel braucht.



Min Li Marti

Den Zusammenbruch der Kaufkraft stoppen!

Drei Jahre in Folge sind die Löhne in der Schweiz real gesunken. Das gab es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie. Entsprechend sind die Löhne heute fast drei Prozent tiefer als im Jahr 2020. Obwohl die Wirtschaft gut läuft und die Arbeitslosigkeit tief ist. Und obwohl die Arbeitgeberverbände über einen «Fachkräftemangel» klagen. Von der guten Konjunktur sahen die Arbeitnehmer:innen wenig bis nichts. Unsere neusten Berechnungen zeigen auf: Wenn die Löhne jetzt nicht steigen, verliert eine durchschnittliche Familie dadurch 3000 Franken. Doch noch fast härter betroffen sind die Rentnerinnen und Rentner. Wegen der Teuerung, den steigenden Mieten sowie der höheren Krankenkassenprämien verlieren sie bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente an Kaufkraft. Doch statt die immer grösser klaffende Rentenlücke zu schliessen, wollen die Wirtschaftselite und ihre Lobbyisten im Parlament das Problem sogar noch verschärfen: mit Rentenalter 67 und einer weiteren Senkung der

KAUFKRAFT-DEMO: SA, 16. SEPTEMBER

Besammling: 13.30 Uhr Schützenmatte, Bern

Ab 15 Uhr: Konzerte und Bar auf dem Bundesplatz

Extrazug der Gewerkschaften: 10:28 Uhr Winterthur, Gleis 3 und 10:53 Uhr Zürich HB, Gleis 32

Mehr Infos zu Demo und Anreise:
www.kaufkraft-demo.ch

Pensionskassen-Renten! Auch wenn wir vorschlagen, die Renten an die Inflation anzupassen, wie es die Verfassung vorsieht, lautet die Antwort: Nein. Wenn wir vorschlagen, die Mieten zu deckeln, lautet die Antwort: Nein. Wenn wir einen konstruktiven

Wir müssen Forderungen stellen, mobilisieren und manchmal hart verhandeln. Nur so erreichen wir eine fairere Verteilung.

Vorschlag zur Senkung der Krankenkassenprämien vorlegen, sozusagen ein Steuerentlastungspaket für die arbeitende Bevölkerung, lautet die Antwort immer noch: Nein. Aus der Kommission kommt nur ein mickriger indirekter Gegenvorschlag. Bei den Arbeitgebern gilt der gleiche Tenor. Die Konjunktur bleibt positiv, sie hat sich nach der Pandemie schnell erholt – dank der stabilisierenden Rolle des Staates und der Massnahmen, die wir damals glücklicherweise gefordert und erhalten haben. Eben noch von staatlichen Abfederungsmassnahmen gegen die Folgen einer Pandemie abgeschirmt, wollen sie nun ihre Preise erhöhen, aber nur, um Margen und Gewinne zu steigern. Geht es hingegen um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

als seien die Kassen leider immer noch leer. Und angesichts des «Fachkräftemangels» fällt ihnen kein anderer Vorschlag ein, als alle länger arbeiten zu lassen – und das zum selben Lohn. Die Flughafenangestellten in Genf haben Anfang Sommer gezeigt, was die einzige Antwort darauf sein kann: Wenn die Chefetage die Gewinne nur unter sich verteilen will, braucht es Widerstand. Ihr mutiger Protest hat die Chefs innert Stunden zum Einlenken gebracht. Ich bin tief beeindruckt von diesem Mut und diesem Erfolg. Die Umverteilung von der Bevölkerung hin zu den Firmen- und Immobilienbesitzern ist nicht wie das Wetter, das wir hinnehmen müssen, nein. Wir müssen Forderungen stellen, mobilisieren und manchmal hart verhandeln. Nur so erreichen wir eine fairere Verteilung. Deshalb ist die nationale Kaufkraft-Demonstration vom 16. September in Bern so wichtig. Sie wird den Beginn eines sozial entscheidenden Herbstes markieren.



sozial entscheidenden Herbstes markieren.

**Pierre-Yves Maillard,
SGB-Präsident**

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an info@gbkz.ch

Cartoon by Roman Prelicz

© Roman Prelicz, kunstundkommerz@mac.com

ZWEIMAL RECHTS UND KEIN SCHRITT LINKS

UNTER DER LEITUNG VON KAPPELLMEISTER *
MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER TANZT UND
SINGT SICH DIE SVP-TEPPICHETAGE
ZU TIEFEREN MIETEN UND
BEZAHLBAREN GESUNDHEITS-
KOSTEN.



Gesundheitspolitik gegen die Menschen

Stell dir vor, du hast eine Blinddarmentzündung. Und anstatt sofort in den Notfall zu gehen, musst du überlegen, ob auf deinem Konto genug Geld dafür liegt. Oder du erhältst eine Krebsdiagnose und kannst entweder auf die Behandlung verzichten oder eine Chemo und über 100 000 Franken Schulden machen. Das ist in Ländern wie den USA Realität für Millionen von Menschen, weil es keine Krankenversicherung für alle gibt.

Und genau das schlägt SVP-Politikerin Natalie Rickli nun auch für die Schweiz vor. Rickli ist nicht irgendwer – sie ist Gesundheitsdirektorin des grössten Kantons. Irrsinniger gehts kaum noch.

Eine Abschaffung der Krankenversicherung für alle wäre der grösste sozialpolitische Rückschritt seit Jahrzehnten. Menschen mit normalem Einkommen würden in

Eine Abschaffung der Krankenversicherung für alle wäre der grösste sozialpolitische Rückschritt seit Jahrzehnten.

die Armut abrutschen, wenn wegen einer Krankheit ein längerer Spitalaufenthalt notwendig wird. Von Armutsbetroffenen ganz zu schweigen. In den USA sterben jährlich Zehntausende, weil sie nicht versichert sind.

Für die Gesundheitsdirektorin sind grundsätzlich die Patient:innen und das Pflegepersonal Schuld an den steigenden Prämien. Kein Wort zu profitorientierten Privatspitälern, zu Pharmakonzernen, die mit überrissenen Medikamentenpreisen abzocken, oder zum Pseudowettbe-

werb zwischen Krankenkassen, der die Kosten nach oben treibt.

Dabei gibt es reale und lösbare Probleme im Gesundheitswesen: Erstens die Kopf-Prämien. Natalie Rickli zahlt mit ihrem fürstlichen Gehalt gleich viel Prämie wie eine Pflegefachfrau mit viel tieferem Lohn. Als Ausgleich dazu sollte eigentlich die Prämienentlastung greifen. Sie sollte kein Almosen für Benachteiligte sein, sondern eine steuerfinanzierte Korrektur zur Kopf-Prämie für die breite Bevölkerung. Sollte.

Denn die Kantone nehmen sich immer mehr aus der Verantwortung. Achtzehn Kantone geben heute prozentual weniger aus für Prämienentlastung als vor zehn Jahren. Das geht auf Kosten der Versicherten. Ihre Prämien sind in den letzten 25 Jahren um 142 Prozent angestiegen! Und es ist kein Ende in Sicht. Darum braucht es dringend mehr Prämienentlastung.

Zweitens ist der Lobbyismus ein riesiges Problem. Pharmakonzerne, Krankenkassen, Spitäler etc. verhindern mit ihren Freund:innen im Parlament, dass sinnvolle kostendämpfende Massnahmen umgesetzt werden. So haben sie zum Beispiel erfolgreich verhindert, dass die Medikamentenpreise um mehrere hundert Millionen Franken gesenkt werden können. Auch das zahlen die Versicherten mit überhöhten Prämien.

Doch weder von Prämienentlastung noch von einer zurückgebundenen Pharmalobby will Natalie Rickli etwas wissen. Stattdessen propagiert sie als Gesundheitsdirektorin eine Zweiklassenmedizin. Noch offensichtlicher kann die SVP-Politikerin nicht zeigen, für wen ihre Partei Politik macht: Für die Reichen und Gesunden. Gegen die Menschen und Kranken.



Mattea Meyer, SP-Nationalrätin

Klimakleber helfen der SVP

Es passiert genau, was die Prognosen vorausgesagt haben. Die Klimaerwärmung führt zu mehr Hitzewellen und Trockenheit. Sowie Überschwemmungen. Wie geht das zusammen? Warme Luft kann mehr Wasser aufnehmen. Deshalb kann warme Luft mehr Wasser aus dem Boden entziehen und diesen austrocknen, aber gleichzeitig auch mehr Wasser transportieren und die Intensität der Regenfälle erhöhen. Die Folgen von Hitze, Trockenheit und Überschwemmung sind global, fatal und führen zu Elend und Flüchtlingswellen. Und diese Entwicklung wird immer noch weiter angeheizt. Die globalen Treibhausmissionen sind so hoch wie noch nie. Die dünne Atmosphäre, welche die Erde umgibt, wird weiter vollgepumpt mit Molekülen, die das Licht durch, die Wärme aber nicht rauslassen. Deshalb verstehe ich die Verzweiflung der Menschen, die sich auf die Strasse kleben. Doch wie gut auch immer diese Aktionen gemeint sind, sie sind leider kontraproduktiv. Ja, sie helfen der SVP, indem sie die Menschen nicht für den Klimaschutz gewinnen, sondern sie gegen den Klimaschutz aufbringen.

Die Leute, die im Stau stehen, weil die Klimakleber sich auf die Strasse kleben oder neu langsam gehend die Strasse blockieren, sind nicht die Menschen, die das Versagen in der Klimapolitik verantworten. Die meisten von ihnen haben wohl auch kein Unternehmen, das viele Emissionen verursacht, die sie reduzieren könnten. Den grossen Hebel hat nicht die breite Bevölkerung, sondern mächtige Entscheidungsträger, insbesondere Politiker und Unternehmer. Sie müssen dazu gebracht werden, die Emissionen zu reduzieren. Wenn Unternehmen und Politik die richtigen Massnahmen ergreifen, dann reduzieren sich automatisch auch die Emissionen der Bevölkerung. Es werden klimafreundlichere Produkte und Fahrzeuge

gekauft, es wird auf attraktiven öV und sichere Velowege umgestiegen. Doch so nerven die Klimakleber die falschen Leute. Und nur die wenigsten denken sich, «ah originiell, jetzt komme ich zwar zu spät zur Arbeit, dafür lerne ich von diesen Renovate-Aktivist:innen, dass wir eigentlich mehr sanieren sollten, und deshalb schau

So nerven die Klimakleber die falschen Leute. Manch einer wird im Herbst aus Trotz SVP wählen.

ich mal, welche Politiker:innen sich für mehr Gebäudesanierung einsetzen und gebe ihnen im Herbst meine Stimme». Im Gegenteil, manch einer wird aus Trotz SVP wählen.

Deshalb sollten die Klimakleber Politiker und Unternehmen auffordern, mehr zu tun. Aber auch anerkennen, welche Politiker und Unternehmen mehr tun. Bei den Politiker:innen hilft hier Smartvote oder das Umweltrating. Bei den Unternehmen fehlt leider eine solche umfassende Bewertung. Auch müssen sich aktuell jene, die etwas für das Klima tun, mehr Kritik gefallen lassen als jene, die nichts tun. So musste die Post sich dafür erklären, wieso sie Wald kauft, naturnah aufforstet und damit der Atmosphäre CO₂ entzieht, statt dass ihr dafür gratuliert wurde. Wenn wir das Klima schützen wollen, müssen wir ein Klima schaffen, in dem sich Unternehmen und Politik fürs Klima einsetzen. Davon sind wir heute leider weit entfernt. Wegen fehlender Klimapolitik, aber auch wegen fehlendem Fokus in der Klimabewegung auf jene, die wirklich am grossen Hebel sind und etwas bewegen können.



Bastien Girod, Nationalrat Grüne

«Die Zürcher Studierendenzzeitung ist hundert Mal fast gestorben»

Die Zürcher Studierendenzzeitung feiert dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum wurde ihre bewegte Geschichte in einem Buch aufgearbeitet. Isabel Brun sprach mit dem Mitherausgeber Michael Kuratli und der Medienexpertin Sarah Genner über «100 Jahre Zoff», ihre Zeit als Redaktor:innen und das Erfolgsgeheimnis der erfolgreichsten Studizeitung im deutschsprachigen Raum.



Sie kennen das Erfolgsgeheimnis der Zürcher Studierendenzzeitung: Michael Kuratli ist Mitherausgeber der ZS und Mitverfasser von «100 Jahre Zoff. Die Geschichte der Zürcher Studierendenzzeitung», Sarah Genner ist Medienexpertin. (Bilder: Isabel Brun)

Michael Kuratli, Sie und die beiden anderen Herausgeber waren einmal für die Zürcher Studierendenzzeitung (ZS) tätig, mittlerweile haben Sie Ihre Uni-Abschlüsse in der Tasche. Wie kommt es dazu, dass Sie mehrere Jahre nach Ihrem Abgang ein Buch über die ZS veröffentlichen?

Michael Kuratli: Bereits zum Neunzigjährigen haben wir uns Gedanken zum Hundertjährigen gemacht. Da ich wusste, dass ich dann nicht mehr für die ZS arbeiten werde, war das nicht ganz ohne. Die Redaktion der ZS hat das Gedächtnis eines Goldfisches und ich wollte auf keinen Fall riskieren, dass das 100-Jährige sang- und klanglos vorübergeht. Deshalb habe ich mich vor drei Jahren mit zwei meiner ehemaligen Redaktionskollegen, Oliver Camenzind und Johannes Luther, zu einem Bier getroffen. Danach war klar, dass wir zusammen etwas auf die Beine stellen wollen.

War zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass es ein Buch werden sollte?

M.K.: Dass wir etwas «Richtiges» machen wollen, hat sich schnell herauskristallisiert. Wenn

schon, denn schon, lautete die Devise. Wir hatten gar die Vision eines Dokumentarfilms, mussten aber einsehen, dass das unsere Möglichkeiten übersteigt. Finanziell und zeitlich – das Projekt lief für uns alle drei ja neben unseren jeweiligen Jobs her. Ein Buch war deshalb realistischer. Wobei es auf keinen Fall eine langweilige wissenschaftliche Abhandlung werden sollte.

Sondern?

M.K.: Eine 352-seitige ZS; mit Geschichten von Menschen, welche die Zeitung zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Ausserdem war es unter anderem Teil des Projekts, alle Bestände zu digitalisieren, um die Grundlage für weitere Forschung zum studentischen Journalismus zu schaffen. Da entdeckt man über hundert Jahre einige wichtige Namen. Unter anderem jene von Max Frisch, Kurt Tucholsky oder Annemarie Schwarzenbach, die einst Zeilen für die ZS geschrieben haben.

Und sie waren alle auf Streit aus, oder wie kam der Titel «100 Jahre Zoff» zustande?

M.K.: Nicht alle, aber es zeigte sich schon, dass die ZS historisch betrachtet dann interessant war, als man sich traute, Stunk zu machen und anzuecken. Zum Beispiel kurz nach der Gründung in den 1930er-Jahren, als sie frontistisch geprägt war, oder während des Vietnamkriegs Ende der 1960er.

Sarah Genner: Dabei gab es bei der ZS durchaus auch Phasen, die weniger zoffig waren. So hat der spätere UZH-Professor für politische Philosophie, Georg Kohler, der während der 1980er-Bewegung in der ZS-Redaktion sass, eher versucht, die Wogen zu glätten und zwischen pro- und antikommunistischen Kräften an der Uni eine vermittelnde Position einzunehmen. Es kam also auch darauf an, welche Persönlichkeitstypen gerade für die Zeitung arbeiteten.

M.K.: Oder wer sich durchgesetzt hat. Die Diskussion darüber, ob man ein Schnarch- oder Kampfblatt sein will, flammte auch während meiner Zeit bei der ZS immer wieder auf. Es gibt ja nicht einen Vereinszweck, der vorschreiben würde, welche Linie die Zeitung fahren muss. In den hundert Jahren hat sich die ZS hundert Mal verändert – und ist hundert Mal fast gestorben.

Eigentlich ein Wunder, dass es sie heute noch gibt.

M.K.: Irgendwie schon. Zumal sie ein paar Jahre nach der Gründung beinahe wieder eingestampft wurde. Nur weil zu wenig Studierende darüber abgestimmt haben, wurde der «Zürcher Student», wie die ZS zu dieser Zeit hiess, weitergeführt.

Und heute ist sie die grösste und älteste Studierendenzeitung im deutschsprachigen Raum. Sarah Genner, was ist das Erfolgsgeheimnis der ZS?

S.G.: Nun, Tradition verpflichtet. Je länger es die Zeitung gibt, desto mehr Druck lastet auf den aktuellen Chefredaktor:innen, an bisherige Erfolge anzuknüpfen. Ausserdem bin ich davon überzeugt, dass der hohe Grad an Selbstorganisation dazu führt, dass in erster Linie intrinsisch motivierte Studierende für die ZS schreiben. Warum würde man sonst bis mitten in der Nacht noch Texte redigieren oder am Layout feilen?

Weil man dafür Credits erhält?

S.G.: Nein, das ist der Witz an der Sache: Ruhm, Ehre und journalistische Erfahrung sind die einzige Vergütung, die man als Redaktor:in bei der ZS erhält, denn sie ist nicht im Curriculum integriert. Ein Kritikpunkt, der immer wieder genannt wird.

Was ist Ihre Meinung dazu? Immerhin waren Sie Mitte der 2000er-Jahre ebenfalls Teil der ZS-Redaktion.

S.G.: Ich bin zwiegespalten. Zum einen verstehe ich den Gedanken, dass die journalistische Praxiserfahrung ideal in ein medien- und kommunikationswissenschaftliches Studium passen würde, und daher Kreditpunkte angemessen wären. Zum anderen glaube ich, dass gerade Leistungspunkte die falschen Personen anziehen und so die intrinsische journalistische Motivation verloren gehen könnte.

Was für Personen zieht die ZS denn an?

S.G.: Junge Menschen, die sich für gesellschaftspolitische Prozesse interessieren und Debatten aktiv mitgestalten möchten. Es ist kein Zufall, dass viele ehemalige Redaktor:innen heute in grossen Medienhäusern sitzen oder politische Ämter innehaben.

Welche Rolle spielen Studierendenzeitungen für die Gesellschaft?

S.G.: Eine nicht zu unterschätzende. Sie dienen einerseits als Labor, wo man sich ausprobieren und Grenzen ausloten kann – losgelöst von den üblichen Vorgaben im Uni-Alltag. Andererseits gelten sie als wichtige Ausbildungsstätten, weil sie Interessierten niederschwellig Zugang zur Medienwelt bieten und so erste journalistische Erfahrungen gemacht werden können. Für mich waren die Abende in den Redaktionsräumen der ZS die lehrreichste Zeit während meines Studiums. Man ist ja nicht nur Redaktor:in, sondern auch Produzent:in und Verleger:in.

M.K.: Wir hatten ja sogar die Arroganz zu sagen, dass wir die beste Journalist:innenschule sind, die es gibt!

Das würde bedeuten, dass andere Journalist:innenschulen hinfällig wären.

S.G.: Es ist schon so, dass zum Beispiel journalistische Ausbildungsstätten wie die Zürcher Hochschule der Angewandten Wissenschaften (ZHAW) dafür kritisiert werden, dass ihre Abgänger:innen zwar gute Texte schreiben und in kürzester Zeit Videos schneiden können, aber aufgrund von fehlendem Hintergrundwissen inhaltlich zu wenig auf dem Kasten haben. Früher war es der Königsweg, eine Disziplin wie Geschichte und Germanistik zu studieren und danach durch Volontariate das journalistische Handwerk zu erlernen. Bei der ZS ist das noch möglich.

M.K.: Es braucht sicher beides. Für mich hat sich der Weg bei der Studierendenzeitung als der richtige herausgestellt. Ich entwickelte ein Gespür für gute Geschichten. Auch Nina Kunz, die ihre Karriere ebenfalls bei der ZS startete, beschreibt

«Die ZS wird weiterhin ihren Weg machen. Dass sie das kann, hat sie über hundert Jahre lang bewiesen.»

Sarah Genner

ihre Jahre bei der ZS in unserem Buch als sehr prägend: Alles sei plötzlich relevant geworden, jedes Seminar, jede Auseinandersetzung in der Mensa. Nicht nur bezüglich meiner journalistischen Fähigkeiten habe ich der ZS viel zu verdanken, auch sind daraus viele Freundschaften entstanden. Es schweisst zusammen, wenn man unzählige Stunden gemeinsam Texte redigiert und an Titeln feilt.

Die ZS ist also mehr als ein journalistisches Endprodukt?

M.K.: Ja. Es ist vielmehr ein Lebensgefühl. Das haben wir auch versucht, im Buch «100 Jahre Zoff» zu verpacken.

Wer schwelgt nicht gerne in Erinnerungen?

M.K.: Genau. Es war uns deshalb wichtig, dass das Buch auch für Leser:innen spannend ist, die nicht mit der Zürcher Studierendenzeitung vertraut sind. Es soll Spass machen, darin zu stöbern.

Hundert Jahre ist eine lange Zeitspanne: Wie haben Sie entschieden, was im Buch Platz finden soll und was nicht?

M.K.: Es gibt wichtige Eckpunkte, die zwingend thematisiert werden mussten: Die Entstehungsjahre, die 1968er-Bewegung, die Abschaffung des Uni-Parlaments Ende der 1970er oder die Gründung der Wochenzeitung (WOZ), die aus der ZS-Redaktion entsprungen war. Auch die diversen

Namens- und Geschlechterwechsel der Zeitung sind ein wesentliches Kapitel.

Viele Jahre lang hiess sie «Zürcher Studentin», bevor sie 2007 zur «Zürcher Studierendenzeitung» wurde. War das politisch motiviert?

M.K.: Ja, um 1994 machte die Zeitung eine radikale Geschlechtsumwandlung durch. Die Motivation kam klar von politisch linker Seite. Auf einen Schlag wurden alle Texte im generischen Femininum verfasst. Man war unserer Zeit viele Jahre voraus.

S.G.: Es ist interessant, wie viele politische Debatten, die heute in der breiten Öffentlichkeit geführt werden, bereits Jahrzehnte zuvor im studentischen Rahmen stattgefunden haben. Als wäre es ein Frühstadium von dem, was noch passieren wird.

Wie politisch ist sie heute?

M.K.: Ihr Herz schlägt wohl noch immer links, aber weniger prominent. Und vielleicht auch etwas weniger radikal. So war es zumindest, als ich noch in der Redaktionsleitung war. Ich empfand die Universität immer als kleinen Staat und die ZS als vierte Gewalt, die abbildet und einordnet. Das war mein persönlicher Anspruch an meine Arbeit – und meine damaligen Kolleg:innen sahen das zum Glück ähnlich.

S.G.: Ein schöner Vergleich mit der vierten Gewalt. Ich habe den Eindruck, dass die ZS seit der Neuausrichtung im Jahr 2007 an Qualität gewonnen hat. Die Beiträge sind ausgewogener und inhaltlich breiter abgesteckt. Dass die Zeitung in den letzten Jahren mehrere Preise gewonnen hat, bestätigt diese Wahrnehmung. Die ZS macht ernstzunehmenden Journalismus.

Entgegen dem Trend in der Medienlandschaft ist die ZS dem Print treu geblieben.

S.G.: Meiner Meinung nach trägt diese Entscheidung zum Erfolg bei. Es ist zeitgemäss, dass man auch auf digitalen Kanälen Inhalte verbreitet, aber eine Abschaffung des Prints käme einem Bruch mit der Tradition gleich. Eine gedruckte Zeitung hat ausserdem den Vorteil, dass sie in den Briefkästen aller UZH-Studierenden im Aufmerksamkeits-Wettbewerb weniger Konkurrenz hat als in überfüllten Inboxes oder Instagram-Feeds.

Zur Zukunft der ZS werden Sie als Ehemalige nicht mehr viel beitragen können.

S.G.: Das stimmt. Aber ich bin mir sicher, dass die ZS weiterhin ihren Weg machen wird. Dass sie das kann, hat sie über hundert Jahre lang bewiesen.

M.K.: Als ich die ZS im Jahr 2016 verliess, meinte ich noch zu den damaligen Redaktor:innen: «Fahrt diese Zeitung einfach nicht an die Wand.» Weil ich befürchtete, dass sie das hundertjährige Jubiläum nicht mehr erleben könnte. Meine Angst war zum Glück unbegründet.

Johannes Luther, Michael Kuratli, Oliver Camenzind: 100 Jahre Zoff. Die Geschichte der Zürcher Studierendenzeitung. Hier und Jetzt 2023, 352 Seiten, 39 Franken.

Weniger Masse, mehr Ärger

Zweimal unbewilligte Critical Mass, eine klare Tendenz: Seit die Polizei Teilnehmer:innen an der Critical Mass verzeigt und Bussen verteilt, nehmen viel weniger Velofahrer:innen daran teil als früher. Dafür rollt der öV am letzten Freitagabend des Monats ungehindert. Ziel erreicht – oder neues Ärgernis geschaffen?

Nicole Soland

Am 25. August fand die Critical Mass (CM) in Zürich zum zweiten Mal als «unbewilligte Demo» statt: Diesen Status hat sie bekanntlich, seit der Statthalter einer Aufsichtsbeschwerde der FDP teilweise stattgab und der Stadtrat sich dessen Einschätzung anschloss, bei der Critical Mass handle es sich um eine bewilligungspflichtige Demonstration (siehe P.S. vom 7. und 14. Juli). Neu war dieses Mal jedoch, dass vor der unbewilligten CM eine bewilligte Kundgebung auf der Rathausbrücke stattfand. Die Bewilligung eingeholt hat eine Einzelperson, der Velofahrer Berkin Baser.

Auf dem Flyer, mit dem er für seine Veranstaltung warb, heisst es «Ohne CM keine WM. Keine Velostadt spricht je 52 Verzeigungen aus!» Damit spielt Berkin Baser auf die CM im Juli an, die erste, die offiziell als unbewilligte Demo galt: 52 Velofahrer:innen wurden damals verzeigt. Auf seinem Flyer stehen zwei Forderungen, nämlich 1. «Absage der Züri Velo WM bis in 52 Tagen» und 2. «52 MIV-Kontrollen jeden Tag durch Spezialeinheit» (MIV steht für «motorisierter Individualverkehr»

«Der Stadtrat hätte den Entscheid des Statthalters weiterziehen müssen. Stattdessen hat er die CM geopfert. Was opfert er als nächstes?»

Berkin Baser

/ nic.). Und ausserdem steht dort, Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart und Stadtpräsidentin Corine Mauch sollten «endlich Verantwortung für die Mobilitätsmisere übernehmen – oder den Hut nehmen».

«Die CM ist keine Demo»

Auf Anfrage erklärt Berkin Baser, seiner Meinung nach brauche die CM keine Bewilligung, da sie keine Demo sei: «Der Stadtrat hätte den Entscheid des Statthalters weiterziehen müssen. Stattdessen hat er die CM geopfert. Was opfert er als nächstes?» Zürich sei offensichtlich keine Velostadt, also solle sie sich auch nicht damit brüsten, fügt er an – aus diesem Gedanken heraus entstand seine Forderung, die Velo-WM abzusagen. Die Kundgebung auf der Rathausbrücke hat er auf die Beine gestellt,

«damit jene Velofahrer:innen, die keine Lust haben, von der Polizei gejagt zu werden, trotzdem ihre Meinung kundtun können». Das erwies sich allerdings als gar nicht so einfach: Das Velo mit der Verstärkeranlage sei auf dem Weg an die Kundgebung von der Stadtpolizei konfisziert worden, erzählt Berkin Baser. Er habe sich deswegen bei der Polizei gemeldet, doch es habe fast zwei Stunden gedauert, bis eine Ersatzlösung gefunden und das Mikrofon geöffnet werden konnte. Marc Surber vom Mediensendienst der Stadtpolizei erklärt dazu auf Anfrage: «An diesem Abend wurden zwei Veloanhänger mit Lautsprecheranlagen vorsorglich sichergestellt. Aus den Erfahrungen der letzten Durchführungen der Critical Mass wurden diese Fahrzeuge als Kernstücke von jeweiligen Demozügen erkannt.»

Seit die CM als Demonstration angesehen wird, hat die Polizei ihr Vorgehen anpassen müssen. Die Vermutung liegt nahe, dass die CM für sie mit einem grösseren Aufwand verbunden ist. Dies bestätigt Marc Surber: «Ja, seitens Polizei ist jeweils ein grösseres Aufgebot notwendig, als es vor dem Entscheid des Statthalters war.» An der CM vom letzten Freitag wurden fünf Personen verzeigt und weggeleitet sowie elf Ordnungsbussen ausgestellt.

«Stopp der Repression»

«Toleranz statt Repression», das fordert der Verein UmverkehR in seiner Medienmitteilung: Ein Grosseaufgebot habe friedliche Velofahrer:innen gejagt und schikaniert, schreibt UmverkehR-Geschäftsleiter Silas Hobi. «Angesichts des Klimanotstandes ist das völlig unverhältnismässige Polizeiaufgebot und die Kriminalisierung von Velofahrer:innen absolut unhaltbar, während der klimaschädliche Autoverkehr weiterhin ungebrems-

«UmverkehR fordert den sofortigen Stopp der Repression und die Tolerierung der Critical Mass in Zürich.»

Silas Hobi, UmverkehR

die Stadt flutet.» UmverkehR fordere den «sofortigen Stopp der Repression und die Tolerierung der Critical Mass in Zürich», hält Silas Hobi fest. Zudem sei das «Herumreiten auf der Bewilligungs-

pfligt durch «liberale» Exponenten» fadenscheinig: «Die bewilligte Velodemo in Zürich führt zu den genau gleichen Verkehrseinschränkungen für öV und Autoverkehr.»

Michael Schmid ist Fraktionspräsident der FDP im Zürcher Gemeinderat: Ist er zufrieden mit der CM, wie sie sich nun präsentiert? Bezogen auf die Rechtslage laute seine Antwort Ja, sagt er: «Die Regeln müssen für alle gelten. Es geht nicht an, dass sich eine gut vernetzte Gruppe über alle anderen hinwegsetzt.» Der FDP sei es zudem wichtig, dass der öV ungehindert fahren könne, und das sei am Freitag der Fall gewesen. Das «Katz-und-Maus-Spiel» zwischen Velofahrer:innen und Polizei hingegen findet er nicht gut. «Doch hier

«In Zürich wird zurzeit das Velo über alles andere gestellt.»

Michael Schmid,
Präsident FDP-Gemeinderatsfraktion

hätten es die Verursacher, also die Velofahrer, in der Hand, damit aufzuhören», betont er. Und wie beurteilt er die Tatsache, dass der öV auch dann beeinträchtigt wird und es zu Umleitungen oder Ausfällen kommen kann, wenn eine Demo bewilligt ist? «Bei bewilligten Demos hat der Stadtrat für eine vernünftige Route und für Planungssicherheit für die VBZ zu sorgen. So bleibt das Grundrecht, zu demonstrieren, gewährleistet.»

A propos demonstrieren – warum nicht mal dagegen, dass die Städteinitiative noch längst nicht umgesetzt ist? Was möglicherweise etwas damit zu tun hat, dass die FDP mit grossem Eifer Einsprachen gegen Parkplatzabbau, Tempo 30 und Velovorzugsrouten macht? «Dass wir systematisch solche Einsprachen machten, ist ein Vorurteil», erklärt Michael Schmid. Urbane Mobilität müsse auf verschiedene Verkehrsmittel abstellen. Der öV transportiere jedoch klar am meisten Menschen: «Dem öV müssen wir Sorge tragen. Eine Velobevorzugung zulasten des öV lehnen wir deshalb ab. Doch in Zürich wird zurzeit das Velo über alles andere gestellt.»

Alles klar – bis auf dies: Wenn letzteres stimmt, warum nur gibt es in Zürich nach wie vor Velokundgebungen und das Bedürfnis nach einer CM, an der niemand Gefahr läuft, verzeigt zu werden?

Die Bäckieranlage im Rampenlicht

Seit zwei Wochen vergeht kein Tag ohne Berichte, Analysen, Interviews, Fernsehreportagen aus der Bäckieranlage. Es wird an Platzspitz und Letten erinnert, die Zürcher Drogenpolitik wird rekapituliert. Was bringt der Medien-Hype? Gedanken eines Anwohners.

Hannes Lindenmeyer

Für mich als direkter Anwohner seit bald 50 Jahren gehört die Bäckieranlage zu den schönsten Stadträumen Zürichs. Im Laufe ihrer 120-jährigen Geschichte war und ist sie Erholungsraum und Aufenthaltsort für Menschen allen Alters, meistens solche mit kleinem (oder gar keinem) Einkommen, seit 20 Jahren ist die Bäckibeiz Familientreff und über Mittag Bürolisten-Kantine. Und jetzt also: Platzspitz, Drogenhöhle.

Wer an einem sonnigen Nachmittag oder lauen Sommerabend die Bäckli besucht, der wird sich wundern über die Schreckensberichte. SRF sei «an einem schlechten Tag» zum Filmen gekommen, hat mir ein Nachbar gesagt: Der Park zeigte sich völlig friedlich. Tatsächlich hat der Park zwei Gesichter: Das fröhliche, friedliche Taggesicht und das störende, zunehmend bedrohliche Nachtgesicht, genau genommen ab Mitternacht und bis weit in den Morgen hinein.

Drei Problemgruppen mit toxischer Vermischung

Es sind drei Gruppen von ParkbenützerInnen, die zu den nun medial diskutierten Problemen in und um die Bäckli beitragen. Seit dem enormen Aufschwung der Langstrasse zur überregionalen Ausgehmeile hat die Bäckli immer mehr die Funktion des erweiterten Partyraums angenommen. Insbesondere die Zunahme der 24-Stunden-Shops mit superbilligem hochprozentigem Alkohol macht die Bäckli für alle Ausgehfreudigen mit kleinem Budget zum Openair-Club. Die steile Karriere der günstigen – im Vergleich zu Heroin scheinbar harmlosen – Partydroge Crack zieht in den gleichen Nacht- und Morgenstunden Dealer und Konsument:innen, auch Abhängige anderer Drogen, in die Bäckli. Und eine dritte Gruppe, die sich notgedrungen meist auch tagsüber auf den Parkbänkli aufhält, sind eritreische Jugendliche – mit Blick auf ihre unmenschlichen Notunterkünften begreiflich.

Die besondere Problematik der Bäckli liegt in der Mischung dieser drei Gruppen: Das feucht-fröhliche Partyvolk mischt sich in die Crackszene, wird auf dem Platz bestens mit Stoff versorgt, die jugendlichen Geflüchteten, fern der strengen Väter, ohne Arbeitsbewilligung, ohne Perspektiven lernen die Rauschkultur ihrer Altersgenoss:innen kennen, der eine oder andere nimmt auch die Chancen als Kleindealer wahr.

Die Wirkung dieser toxischen Mischung von Parkbesucher:innen belastet Anwohner:innen und zunehmend auch die drei direkt anliegenden

Schulhäuser. Schreie, Gegröhle ab Mitternacht bis weit in den Morgen, Streitereien verbreiten eine hektische, aggressive Atmosphäre, Schlägereien unter den torkelnden Nachtparkgänger:innen zwischen Kindern auf dem morgendlichen Schulweg, zusammengesackte Konsument:innen in den Hauseingängen – und unsäglichem Dreck in und um den Park.

«Das System» reagiert

Seit mehr als einem Jahr steht mehrmals pro Woche tagsüber für ein paar Stunden ein VW-Bus des Sozialdepartements im Eingang der Bäckli, sinnigerweise angeschrieben mit «Ein Bus». Meistens sind die Sozialarbeiter:innen darin unter sich. Auf meine Frage, wie sie die Situation einschätzen, habe ich die verheissungsvolle Antwort erhalten: «Das System wird reagieren.» Tatsächlich fährt nun tagsüber viertelstündlich ein Streifenwagen durch den Park, von morgens neun bis gegen Abend streifen SIP-Equipen über die Parkwege. Nachts reagiert die angerufene Polizei nun immer schneller mit Streifenbesetzungen. Nach unseren Beobachtungen nützen sich diese Kurzbesuche zunehmend

Warum als Sofortmassnahme jetzt nicht ein Container auf der Kasernenwiese aufgestellt wird, bleibt mir schleierhaft.

ab. Ist die Streifenbesetzung – meist ohne Aussteigen – wieder weg, geht das Rambazamba ungestört weiter. Den Polizisten fehlen gesetzliche Grundlagen um, wie auch immer, einzugreifen. Für die lärmenden, crackenden, dealenden Parkgäste eine Bestätigung: Alles ok, nur weiter so.

Sozialvorsteher Raphael Golta hat nun im «Regionaljournal» sehr zu recht festgestellt: Die belastete Situation kann nicht mit Polizei allein gelöst werden. Es braucht als dringlichste Massnahme eine Wiedereröffnung der Kontakt- und Anlaufstellen K+A im Quartier. Leider hat «das System» diese Einsicht sehr spät gewonnen, erst, als die K+A in der Kaserne wegen Umbau geschlossen wurde. Warum als Sofortmassnahme jetzt nicht ein Container auf der Kasernenwiese aufgestellt wird, bleibt mir schleierhaft.

Aus Erfahrungen lernen

Auch wenn die Bäckli heute niemals mit dem Platzspitz zu vergleichen ist – wer wäre damals tagsüber dort an die Sonne gelegen, hätte mit Kindern gespielt, Kaffee getrunken – die einstigen Erfahrungen im Umgang mit problembedrohten Stadträumen sollten genutzt werden. Das sieht ja auch Golta so mit der Dringlichkeit einer nahgelegenen K+A.

Ich möchte eine zweite Erfahrung in Erinnerung rufen: Um damals eine Verlagerung auf die Bäckli zu verhindern, wurde für etwa drei Monate ein «mobiler Polizeiposten» eingerichtet, eine permanente, vor allem auch nachts aktive Präsenz. Damit konnte der Deal wirksam verhindert werden, so wie wir das auch erfolgreich praktizierten, als vor der Urania-Hauptwache der erste Zürcher Injektionsraum auf privater Basis (SAH, Rotes Kreuz, Pfarrer Sieber) betrieben wurde: Kein Dealer hat den geschützten Konsumraum je gestört. Das würde den aufsuchenden Sozialarbeiter:innen der SIP auch die nötige Rückendeckung geben, auch nachts vor Ort zu wirken.

Und der Medien-Hype?

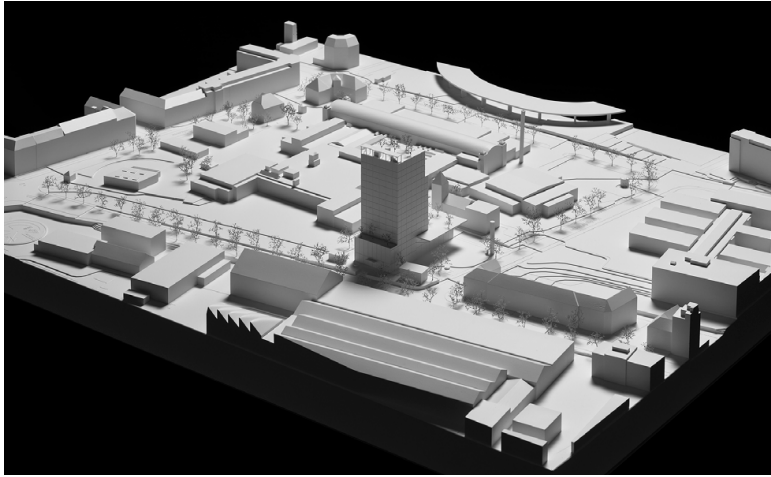
Nun also ist die Bäckli auf allen digitalen und analogen Kanälen präsent. Der alarmistische Platzspitzvergleich ist verheerend. Die Wirkung schon spürbar: Familien, ältere Menschen meiden den als so gefährlich präsentierten Park, das Restaurant verliert Gäste. Andererseits machen die Berichte die Bäckli für das abenteuerlustige Partyvolk attraktiv: Gömer Beckli, weisch wie geil! Ein Ort, um mal so richtig die Sau rauszulassen und vielleicht interessante Crack-Erfahrungen auszuprobieren.

Gut, dass der Medien-Alarm «das System» geweckt hat – besser als die Briefe unseres Anwohner:innengrüpplis. Aber jetzt wäre es Zeit, auch wieder über das friedliche Taggesicht der Bäckli zu berichten, die Menschen einzuladen, diesen wunderbaren Stadtraum zu nutzen, mit Lust, mit Freu-

Der alarmistische Platzspitzvergleich ist verheerend.

de, ohne Angst. Gut, dass am 17. September der Lauf gegen Rassismus dort stattfindet und nebenan Parking Day mit Nachbarschaftsfest.

Schutz, Rettung und Archiv



Modellfoto des Siegerprojekts mit Hochhaus auf dem heute brachliegenden Centravo-Areal, hinten der Letzigrund. (Bild: Dominik Zietlow, Zürich)

Am Mittwoch hat die Stadt Zürich das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs für den Neubau auf der Centravo-Brache vorgestellt. Es würde allerdings mehr kosten als geplant.

Die Bestrebungen, was die Stadt mit dem Areal um den Schlachthof machen will, konkretisieren sich. Die erste Etappe der Generalüberholung: das Centravo-Areal mit dem gleich davorliegenden ehemaligen Desinfektionsgebäude, das ein Kiosk werden soll, und einem Café direkt daneben. Und natürlich dem 60-Meter-Hochhaus, dem Siegerprojekt des Wettbewerbs: «Fortepiano», konzipiert von den Büros «Adrian Streich Architekten», «Schnetzler Puskas Ingenieure» und «Ganz Landschaftsarchitekt*innen».

Denn: Gleich zwei Arme des städtischen Apparats brauchen einen neuen Standort respektive einen Tapetenwechsel: Schutz & Rettung einerseits und auch das Stadtarchiv. Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs für den Neubau auf dem ehemaligen Centravo-Areal vereint beides unter einem Dach. Denn für das Stadtarchiv ist es in einem zwar «wunderschönen Altbau» in der Nähe des Neumarkts mittlerweile etwas eng geworden, wenn 24 Laufkilometer Archivalien gespeichert und gleichzeitig stets zugänglich sein müssen. Und auch Schutz & Rettung stösst an Infrastrukturgrenzen: Der Anspruch, dass Feuerwehr und Sanität in mindestens 80 Prozent der Fälle innert 10 Minuten an einem Ereignisort sind, sei ohne einen dezentralen Ausbau der Infrastruktur nur schwer zu erfüllen, so Standortstrategie-Lei-

terin von Schutz & Rettung Claudia Allerkamp. Heute ist das nicht in allen Stadtteilen garantiert. Sie führte weiter aus, dass zur Sicherstellung dieses Anspruchs sechs Wachen über die Stadt verteilt eingerichtet werden sollen, von wo aus Berufs- und Milizfeuerwehr, Sanität, aber auch zum Beispiel der Zivilschutz schnell agieren können. Im vorgestellten Neubau beim Schlachthof wäre das erhoffte Ausrücken innert 75 Sekunden möglich. Es fänden zudem nicht nur die wichtigsten Einsatzfahrzeuge, also Rettungswagen, Tanklöschfahrzeuge und Autodrehleitern, sondern auch Spezialfahrzeuge in der Wache West Platz. Auch die Energieversorgung wird im Projekt mitgedacht: Eine kleine Energiezentrale soll einquartiert werden. Weiter sind eine Bibliothek und ein Lesesaal in den obersten Geschossen und auch eine begrünte öffentliche Dachterrasse geplant.

Die Crux sind die Kosten, die weitaus höher sind als geplant: rund 112 Millionen Franken bei einer Kostengenauigkeit von plusminus 25 Prozent, exklusiv Kreditreserven. Die Grobkostenschätzung im April 2020 belief sich noch auf rund 90 Millionen Franken, im vergangenen April waren es dann schon 102,4 Millionen. Als Grund nannte Stadtrat André Odermatt hauptsächlich die Teuerung, von der die Stadt bei mehreren Projekten schon «happig eingeholt» wurde – mit Teuerung von bis zu 12 Prozent. Über den Objektkredit werden Gemeinderat und Bevölkerung noch abstimmen müssen. Bei Annahme können die Bauarbeiten 2028 beginnen. *sca.*

Böse Überraschung in Heim-Affäre

Eine externe Administrativuntersuchung in der Betrugsaffäre um das Wädenswiler Alterszentrum Frohmatt und dessen Ex-Geschäftsführer offenbart jetzt: Der Schaden für die Stadt dürfte einiges grösser sein als bisher angenommen.

Arthur Schäppi

Über viele Jahre hinweg hat der nebenamtliche Geschäftsführer einer Familienausgleichskasse diese um rund zwei Millionen Franken und auch die Stadt Wädenswil, wo er als Leiter des Alterszentrums Frohmatt tätig war, um eine namhafte Geldsumme hintergangen. Um sich so seine Kauf- und Sessucht und ein ausschweifendes Leben mit Luxuskleidern, zweitem Wohnsitz in Barcelona und Besuche von Saunacclubs zu finanzieren. Bis der Betrug aufflog und der 60-Jährige Mitte August vom Bezirksgericht Zürich zu einer teilbedingten Haftstrafe von drei Jahren verurteilt wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm unter anderem nachgewiesen, dass er ab 2011 bis zu seiner Entlassung von 2021 private Rechnungen in Höhe von 200 000 Franken durch die Frohmatt bezahlen liess. Um so seine Ausgaben für einen Sportverein, seine Hochzeit und seine Masterarbeit zu finanzieren.

Schon vorher Ungeheimheiten

Der Schaden für die Stadt dürfte indes einiges höher sein als die vom Gericht eruierten 200 000 Franken. Das jedenfalls legt der nun vorliegende Bericht einer vom Stadtrat bei Anwalt und Rechtsprofessor Tomas Poledna in Auftrag gegebenen externen Administrativuntersuchung über die letzten zehn Jahre nahe. Weil gemäss eigenen Aussagen des früheren Frohmatt-Chefs dessen Machenschaften schon viel früher, nämlich 2002 begonnen hätten. Auch hatte die Stadt gemäss dem Be-

richt keine Abgeltung dafür verlangt, dass der Frohmatt-Leiter während seiner Arbeitszeit für eine jährliche Entschädigung von bis zu 67 000 Franken nebenamtlich für die Familienausgleichskasse tätig war: Weil die Stadtbehörden davon schlicht nichts wussten. Im Untersuchungsbericht taucht auch ein dubioses Darlehen von 500 000 Franken auf, das der ungetreue Frohmatt-Leiter der Familienausgleichskasse ohne jegliche Rechtsgrundlage vorübergehend gewährt hatte, um dort seine illegalen Entnahmen zu vertuschen.

Doppelkontrolle «ausgehebelt»

Ein internes Kontrollsystem habe zwar im Entwurf existiert, wurde aber nicht angewendet, heisst es im Bericht. So konnte der Heimleiter eine Doppelkontrolle der von ihm manipulierten Rechnungen «aushebeln» und dem Alterszentrum private Auslagen unterjubeln. Dass kein Aufsichts- und Kontrollorgan die Verfehlungen bemerkte, erklärt der Untersuchungsbericht auch damit, dass die Frohmatt buchhalterisch, betrieblich und personell von der Stadtverwaltung abgekoppelt ist. Und deshalb ein abgeschottetes Eigenleben führen konnte: Mit einem selbstherrlichen Chef, der eine loyale Entourage um sich scharte, die ihm vertraute. In der Untersuchung nicht unerwähnt bleibt, dass sich namentlich die frühere externe Revisionsstelle sowie eine ganze Reihe weiterer Personen unkooperativ verhielten. Abschliessend werden diverse Empfehlungen aufgelistet. Etwa dass das Rechnungswesen ausgelagert werden soll. Oder dass die politischen Verantwortlichen sich fortan direkt vor Ort, etwa im Gespräch mit dem Personal, kundig machen sollten. Ob und welche weiteren Konsequenzen die Affäre noch haben wird, dürfte sich aber erst bei der noch ausstehenden politischen Aufarbeitung zeigen. Und auch, ob das Parlament sich mit der externen Administrativuntersuchung zufriedengibt. Oder aber auf seine ursprüngliche Forderung nach Einsatz einer parlamentarischen Untersuchungskommission zurückkommt.

KVA Horgen will Klima-Pionierin werden

Ausgerechnet die landesweit kleinste Kehrichtverbrennungsanlage in Horgen könnte zur ersten oder zumindest zu einer der ersten klimaneutralen KVA der Schweiz werden. Noch vor Ende Jahr soll die Baueingabe für eine millionenteure CO₂-Ausscheidungsanlage erfolgen. Auf das Pilotprojekt warten indes noch etliche Klippen.

Arthur Schächli

Sie gehören zu den grössten Verursachern von Treibhausgasen im Land: die insgesamt 29 KVA, aus deren Kaminen gegen fünf Prozent der CO₂-Emissionen der Schweiz in die Atmosphäre entweichen. Künftig aber wollen die Kehrichtverwerter mit neuer Technologie ihren CO₂-Ausstoss auf null reduzieren. So sieht es eine zwischen dem Verband der Schweizer Abfallverwertungsanlagen (VBSA) und dem Bund im letzten Jahr abgeschlossene Vereinbarung vor. «Carbon Capture and Storage» (CCS), oder zu Deutsch «Kohlenstoff einfangen und lagern», lautet dabei die Losung. Das bei der Verbrennung anfallende klimaschädliche Kohlendioxid soll herausgefiltert und verflüssigt werden. Bevor es beispielsweise in ehemaligen Öl- und Gasfeldern unter dem Meer eingelagert wird. Oder damit daraus etwa synthetischer Treibstoff hergestellt werden könnte. Gemäss der Vereinbarung soll spätestens 2030 eine erste KVA mit der neuen CCS-Technologie arbeiten. Weit fortgeschritten sind Planungen dazu in Niederurnen GL bei der dortigen KVA Linth für das Glarnerland und die sankt-gallische Nachbarregion See-Gaster. CO₂-frei werden soll etwa auch die Kezo Hinwil mit dem auf 2028 geplanten Neubau.

Baugesuch bis Ende Jahr

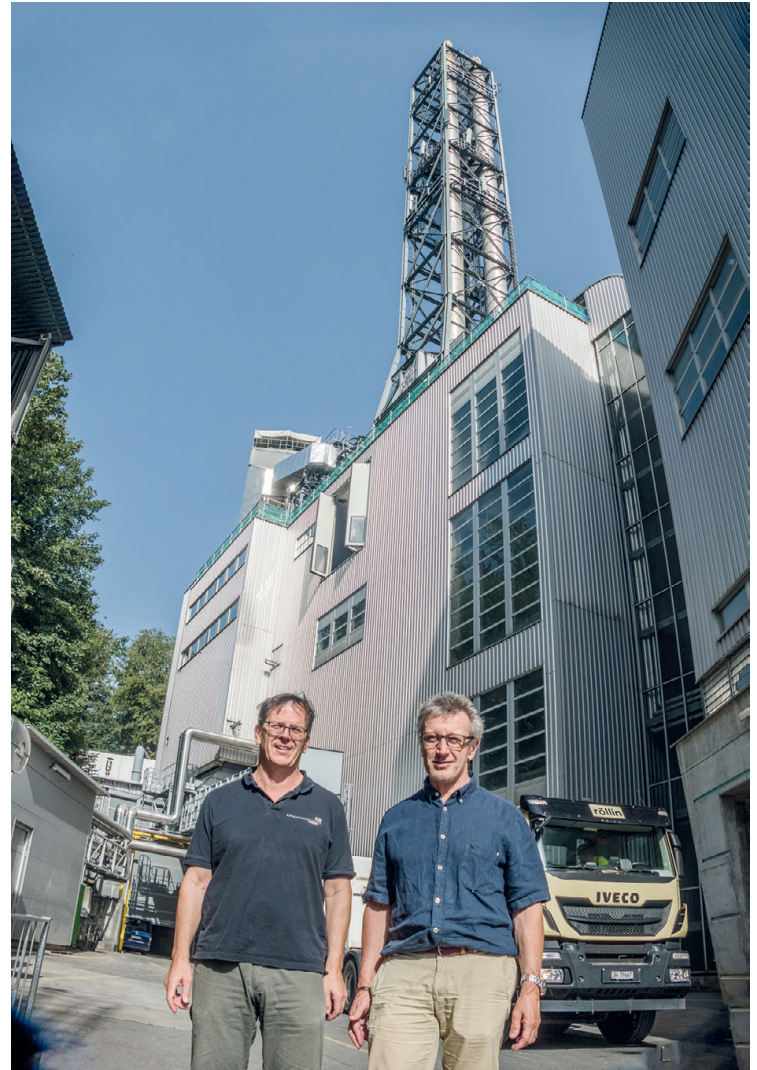
Im Wettlauf um die erste klimaneutrale KVA der Schweiz mischt indes auch ausgerechnet die landesweit kleinste KVA mit. Jene des Bezirks Horgen im gleichnamigen Bezirkshauptort. Dort sind die Planungen und verfahrenstechnischen Abklärungen schon so weit gediehen, dass der Zweckverband Entsorgung Zimmerberg als Eigentümer «noch dieses Jahr beim Kanton und der Gemeinde das Baugesuch einreichen» will, wie KVA-Betriebsleiter Romano Wild erklärt. Dabei setzen die Horgner Abfallverwerter auf ein Verfahren, bei dem das CO₂ mittels der chemischen Verbindung Amin aus der Abluft gewaschen wird. Dass eine solche Abscheidungsanlage machbar und mit der bestehenden KVA und der daran angekopelten

Fernwärmeversorgung für 2500 Haushalte kompatibel wäre, hat nach einer Grobabklärung nun auch das kürzlich abgeschlossene Detailengineering ergeben. Beides hatte Entsorgung Zimmerberg bei der Hitachi Zosen Inova AG in Zürich in Auftrag gegeben, einer Firma, die ausserhalb der Kehrichtbranche bereits solche Anlagen installiert.

Für Vorreiterrolle prädestiniert

Heute werden in Horgen jährlich gut 35000 Tonnen Müll verbrannt und energetisch verwertet. «Von den dabei freigesetzten 45000 Tonnen CO₂ könnten wir um die 90 Prozent oder rund 40000 Tonnen rausfiltern», rechnet Wild vor. Und er gibt zu bedenken, dass rund die Hälfte des CO₂, das eine KVA ausstösst, ohnehin biogenen Ursprungs, etwa aus Holz oder Grün- gut, und damit klimaneutral sei. Womit rein rechnerisch sogar mehr CO₂ eingespart als ausgestossen würde. Zusätzlich könne man eine auf dem KVA-Areal geplante Biogasanlage anschliessen. Als kleinste Schweizer KVA sei die bisher schon sehr innovationsfreudige Anlage in Horgen geradezu prädestiniert für einen Pionierbetrieb, der der gesamten Branche Erkenntnisse und Know-how für weitere klimaneutrale Werke im Land bringen würde, ist der Präsident von Entsorgung Zimmerberg, der Horgner Gemeinderat Markus Uhlmann (GLP), überzeugt: «Denn es braucht dafür deutlich weniger Infrastrukturen und Investitionen als bei einer Grossanlage und die CO₂-Menge ist überschaubar und fände wohl Abnehmer in der Industrie und müsste nicht zwingend gebunkert werden.»

Unterstützt werden die ambitionierten Pläne auch vom VBSA, der für das 400000 Franken teure Detailengineering eine Viertelmillion Franken Fördergelder gesprochen hat. Bei Entsorgung Zimmerberg rechnet man sich denn auch gute Chancen aus, dass die eigene KVA «bis in einigen Jahren die erste oder zumindest eine der ersten klimaneutralen KVA der Schweiz» wird. Auf dem Weg dorthin aber gebe es noch viele offene Fra-



Wollen die KVA Horgen klimaneutral aufrüsten: Romano Wild (links) und Markus Uhlmann. (Bild: Arthur Schächli)

gen und Unwägbarkeiten. Etwa bezüglich Ablauf, Dauer und auch Ausgang des Bewilligungsprozesses, zumal man damit Neuland betrete. Und die Finanzierung des nach groben Schätzungen «um die 20 bis 25 Millionen» teuren Unterfangens sei nur realistisch, wenn Bund und Kanton und weitere Interessenten den Löwenanteil übernehmen.

Die Pionieranlage würde den KVA-Standort Horgen zweifelsohne aufwerten – sie stehe aber in keinem direkten Zusammenhang mit dem Seilziehen um die Betriebsdauer des Werks, betont Uhlmann. Die kantonale Baudirektion will die Kleinanlage am linken Ufer nämlich gegen den Willen der Betreiber zugunsten der übrigen vier Standorte in Zürich, Winterthur, Dietikon und Hinwil stilllegen. Mehrmals schon wurde der Schliessungstermin hinausgeschoben. Von 2018 auf 2030 und dann auf 2033 – bis der Kanton unlängst nochmals eine Fristerstreckung bis 2038 in Aussicht stellte. Betreiber und Standortgemeinde aber fordern stattdessen eine unbefristete Weiterführung und argumentieren mit der hohen Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz ihrer Anlage.

Eisenbahngeschichte in Bildern

Der Architekturhistoriker Hans-Peter Bärtschi (1950–2022) hat als Pionier der Industriearchäologie und Autor zahlreicher Bücher und Zeitschriftenartikel grosse Bekanntheit erlangt und sich zeitlebens beharrlich für den Erhalt von Kulturgütern, die Zeugnis der Schweizer Industriegeschichte ablegen, eingesetzt. Dazu gehören insbesondere Bahnbauten und Schienenfahrzeuge, dokumentiert in einem Archiv, das über 250 000 Fotografien umfasst – grösstenteils selbst aufgenommene. Das Bildarchiv der ETH-Bibliothek betreut die umfassende Sammlung und veröffentlicht mit «Eisenbahnbilder – Eisenbahnbild» eine reiche Auswahl an Aufnahmen aus dem frühen fotografischen Schaffen Hans-Peter Bärtschis, die den grossen Umbruch im Schweizer Eisenbahnwesen in den 1960er-Jahren dokumentieren. Der achte Band der Publikation «Bilderwelten. Fotografien aus dem Bildarchiv der ETH-Bibliothek» über die Veteranen auf Schweizer Schienen erscheint bei Scheidegger & Spiess. (Alle Bilder: Bildarchiv der ETH-Bibliothek)

Thomas Eichenberger (hrsg. Michael Gasser, Nicole Graf): **Eisenbahnbilder – Eisenbahnbild**. Schweizer Eisenbahnen im Fotoarchiv von Hans-Peter Bärtschi und der Stiftung Industriekultur. Scheidegger & Spiess 2023, 160 Seiten, 59 Franken.



Station Acquarossa der 1973 aufgehobenen Bahn Biasca-Acquarossa, ca. 1966.



Werklokomotive der Firma Sulzer, Winterthur Tössfeld, Mai 1966.



Endstation der Centovallbahn in Locarno, ca. April 1967.



VBZ-Depot Kalkbreite mit älterem Rollmaterial, März 1967.



Tramfriedhof der Transports publics de la région lausannoise in Romont, 1966.

Beira und Amsterdam: Bio und Querido

Samstag, 2. September

8.30 SWR: «**Grumpy Cat, Leinwandmonster und andere Medientiere.**» Lukas Meyer-Blankenburg mit dem Schlusspunkt der Wissen-Serie «Das Tier und Wir». Danach in der Musikstunde: «Paaz – die Persische Seite des Jazz.»

11.00 DLF: «**Unter Aussteigern.**» Von Menschen, die in Portugal einen Neubeginn wagen. Tilo Wagner in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Bereits seit Jahrzehnten kämpft die Region Beira gegen Landflucht. Sie ist eines der am dünnsten besiedelten Gebiete des Kontinents. Das macht sie attraktiv für Leute, die dort alternative Lebensentwürfe umsetzen wollen. Ob als Künstlerin oder Bio-Landwirt – viel Geld ist nicht nötig, in der Abgeschiedenheit ein freieres Leben zu führen. Doch damit setzen Neuankommende andere Akzente, verändern damit auch den Alltag der alt eingesessenen Bevölkerung. Hindernisse und Enttäuschungen bleiben nicht aus – auf beiden Seiten. Gleichzeitig wiederholt SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Nicole Niquille, der ersten Bergführerin der Schweiz.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Mirna Funk, Autorin sowie Social Media-Avantgardistin.

19.00 SWR: «**KI-Mom.**» Science-Fiction-Serie von Seroton. Einstieg in die zweite Staffel.

20.00 DLF: «**Die Woche.**» Hörspiel nach dem Roman von Heike Geissler. Es wurde im Juni als Hörspiel des Monats ausgezeichnet. Tag für Tag, immer neu einsteigen, das werde hier für die Zuhörenden zu einer spannenden, aber auch beklemmenden Reise, das Ganze sei «politisch sowie gesellschaftlich relevant», zudem pflegten die beiden Protagonistinnen einen «manchmal frechen Ton» und ganz besonders wird die musikalische Untermalung hervorgehoben, «mal mystisch, mal komisch, immer passend». Parallel bei SRF 2 Kultur: «Immer neugierig.» Die finnische Dirigentin Susanna Mälkki live aus Luzern.

22.00 DLF: «**Aus dem Schweigen.**» Lothar Voigtländer, Pionier der elektroakustischen Musik. Vorgestellt von Ingo Dorf-müller im Atelier neuer Musik.

23.00 DLF: «**Fluchtpunkt Amsterdam.**» Reprise einer Langen Nacht über deutschsprachige Exilliteratur, die Kerstin Kilanowski bereits vor drei Jahren produziert hat. 1933 wurde in Deutschland zu Scheiterhaufen getragen, was der NS-Staat als schädliches Schrifttum verbannt hatte; Juden, Pazifistinnen, Sozialisten und andere wurden als Schreibende ausgeschaltet. Doch direkt nach der Machtergreifung schuf der Niederländer Emanuel Querido in seinem Unternehmen eine neue Abteilung für deutschsprachige Exilliteratur. «Ohne den Amsterdamer Verlag Querido würden unsere Bücherregale heute empfindliche Lücken aufweisen.» Hier nur ein paar der Namen: Irmgard Keun, Grete Weil, Egon Erwin Kisch, Klaus Mann... SWR 2 präsentiert in der Stunde vor Mitternacht noch einmal «eine echte Rampensau» als Mitschnitt: Dominic Deville beim «Salzburger Stier 2023.»

Sonntag, 3. September

8.30 SRF 2: «**Warum wir trotz Katastrophen hoffen – und was uns das bringt.**» Norbert Bischofberger befragt in dieser Perspektiven-Sendung nebst Thomas Stankiewicz, der als Ökonom, Theologe und Coach zu den Mitbegründer eines Hoffnungsbarometers gehört, auch Isabelle Noth, Professorin für Religionspsychologie und Religionspädagogik an der Universität Bern. Parallel bei SWR 2: «So sieht das Krankenhaus der Zukunft aus.» Julia Nestlen im Gespräch mit Norbert Paul, Medizinerinethiker an der Universität Mainz.

9.30 DLF: «**Der siebte Sinn.**» Marleen Stoessel über Synästhesie.

12.00 SWR: «**Exil in Deutschland.**» 50 Jahre Militärputsch in Chile. Susanne Babila blickt zurück. 1973 flohen mehr als 20000 Menschen nach Deutschland. Es entstand eine grosse Solidaritätsbewegung, aber es gab auch Bevormundung und Argwohn.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit Jakob Kern, jetzt pensioniert im Unruhestand. Er war – nebst vielem anderen – ein Vierteljahrhundert für das Welt-ernährungsprogramm der UNO tätig.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Rosa von Praunheim, Künstler und Aktivist, kämpft – nicht nur mit seinen Filmen – rastlos für Toleranz und sexuelle Freiheit.

14.00 SWR: «**Fantasy kann noch mehr!**» Geschichten der progressiven Phantastik. Feature von Marc Bädorf.

18.20 SWR: «**Babyn Jar.**» Dokumentarhörspiel von Fabian von Freier und Andreas von Westphalen. Aus dem Ukrainischen und Russischen von Jelena Mory. Mehr als 33000 jüdische Frauen, Männer und Kinder wurden am 29. und 30. September in einer Schlucht bei Kiew ermordet. 1941 Babyn Jar, Kiew. In dieser Schlucht wurden am 29. und 30. September 1941 ermordet. Tagebücher, Briefe, Interviews, Befehle, Sitzungsprotokolle und Zeugenaussagen dokumentieren das Geschehen und das unbeschreibliche Leid aller Opfergruppen, «aber auch die Täter sind zu hören». Teil zwei folgt nächsten Sonntag.

20.00 DLF: «**It's Monk Time.**» Die irre Geschichte einer amerikanischen Beatband in der deutschen Provinz. Feature von Tom Noga.

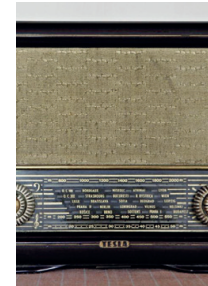
Montag, 4. September

8.30 SWR: «**Mit dem Zug ins Dorf.**» Stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren. Max Rauner steigt damit in einen ARD-Thementag ein. Danach startet eine Musikstunden-Serie von Torsten Möller: «Komponieren – keine 40-Stunden-Woche.»

14.00 SRF 1: «**Ausgelacht.**» Eine aufgewärmte Kriminalkomödie von Natascha Beller und Patrick Karpiczenko. Georg Singer ist Comedian, doch bei seinen Auftritten lacht sich niemand mehr tot. Tot ist dafür sein Manager. Was spielte sich da ab hinter den Kulissen der Schweizer Kleinkunstszene?

15.00 SWR: «**Jung sein, aufbrechen.**» Frank Schüre über Lebensziele junger Erwachsener.

22.30 SWR: «**100 Jahre Radio.**» Heute die erste von fünf Folgen: Der lange Weg zum Rundfunk. Archivradio-Gespräch mit Hans-Ulrich Wagner vom Leibniz-Institut für Medienforschung. Morgen zur gleichen Zeit: «Radio-propaganda fürs Ausland.» Geheimsender im Zweiten Weltkrieg.



Dienstag, 5. September

8.30 SWR: «**Zwischen Russland-Angst und Stalin-Kult.**» Jochen Rack zur Lage in Georgien.

15.00 SWR: «**Mit der Wut kommt die Kraft.**» Grace Yoon über Erfahrungen nach einer Vergewaltigung.

19.00 SWR: «**Jung, kreativ und depressiv.**» Die Singer-Songwriterin Clara Louise will Mut machen.

19.15 DLF: «**Die Heimkehr.**» Der Weg der Sinti-Familie Reinhardt von Auschwitz nach Köln. Feature von Alexa Hennings.

20.00 DLF: «**Metamorphosen.**» Hörspiel von Florian Goldberg und Heike Tauch. Es war einmal das Klingler-Quartett. Es spielte über alle nationalen, religiösen oder kulturellen Grenzen hinweg. Doch mit dem Ersten Weltkrieg bestand es plötzlich aus Staatsbürgern einander bekriegender Nationen... Danach: «Zurück in die Zukunft.» Aufnahmen vom Festival JazzBaltica. Sowie nach 22 Uhr: «Klang aus der Kiste.» Der Musiker und KI-Experte Ali Nikrang zu Möglichkeiten und Grenzen der KI beim Komponieren

Mittwoch, 6. September

10.00 DLF: «**Agenda.**» Immer weniger Interesse an Nachrichten. Brauchen wir mehr konstruktiven Journalismus?

20.00 DLF: «**Die Tora auf links drehen.**» Judith Poppe über Israels religiöse Opposition. Parallel bei SRF 1: «Pigor singt. Benedikt Eichhorn muss begleiten.» Nach neun erfolgreichen Programmen lehnten sich die anerkannten Experten des eleganten Sprechgesangs laut Vorschau ziemlich weit aus ihrem Zeitfenster und präsentierten ihr Volumen X: «Die ganz neue Generation Chanson als Spiegelbild der unsanft erwachten 20er-Jahre.»

21.00 DLF: «**Laube am See.**» Hausbesuch bei Horst Evers. Reihe Querköpfe.

Donnerstag, 7. August

15.00 SWR: «**Wenn die Heimat einstürzt.**» Jakob Bauer zeigt, wie Menschen im

nordschwedischen Kiruna um ihre Stadt ringen.

19.00 SWR: «**Hexenjagd und Schandkorb.**» Markus Hirte liefert Exempel aus dem mittelalterlichen Kriminalmuseum in Rothenburg.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Wieso auch Entstigmatisierung Straftaten vorbeugen kann. Beispiel Pädophilie.

22.30 SWR: «**100 Jahre Radio.**» Heute: Adolf Eichmann in Jerusalem. Archivradio-Gespräch mit der Philosophin Bettina Stangneth. Morgen geht es dann um den Mauerfall. Gesprächspartner wird Stefan Wolle vom DDR-Museum in Berlin sein.

Freitag, 8. September

8.30 SWR: «**Wie zeitgemäss ist Pazifismus?**» Rolf Cantzen befragt dazu sich und andere. Noch in den 1980er- und 1990er-Jahren galt er als respektable politisch-ethische Haltung. Das hat sich mit dem Ukraine-Krieg geändert. Aus allen politischen Lagern wird betont, es sei moralisch geboten, sich gegen autokratische Aggressoren gewaltsam zu verteidigen. Von radikalen Pazifisten wie Tolstoi und Gandhi wurde klar für Gewaltverzicht plädiert. Doch auch schon um 1900 gab es moderatere bürgerlich-demokratische Stimmen, die befristete Verteidigungskriege akzeptierten. Heute werden diese Diskussionen auch philosophisch neu aufgenommen.

15.00 SWR: «**Pulverfass Ostsee.**» Feature von Tom Schimmeck. Durch militärische Aufrüstung und eine veränderte Sicherheitsarchitektur in Nordeuropa steigt die Anspannung – nicht erst seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Inzwischen gewann die Nato quasi die Hoheit über die Ostsee. Und dazu viele Kilometer neue Grenze mit Russland. Dieses wiederum stationiert bereits neue Atomwaffen in Weissrussland und rüstet seine Enklave Kaliningrad nach. Wie sehr bedroht dies alles die Sicherheit Europas?

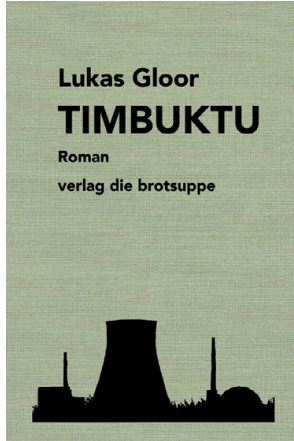


20.00 DLF: «**Das Wunder von Sliwen.**» Romakinder begegnen Mozart. Feature von Mirko Schwanitz. Gleichzeitig bei SRF 1: «Schuld.» Hörspieladaption einer satirischen Erzählung der US-amerikanischen Autorin Judy Budnitz. Und bei SRF 2 dreht sich die Passage um den «Schweizer Grand Prix Musik 2023» und Erik Truffaz, den diesjährigen Gewinner.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Bücher der Woche

Protokoll



Max hat für einmal Glück. Er kann in eine Wohnung der Siedlung «Timbuktu» ziehen. Diese steht in der Nähe eines Atomkraftwerkes, zwischen Autobahnen, Kantonsstrassen und Eisenbahnlinien. Max kann hier vorübergehend gratis wohnen. Einzige Bedingung:

Er muss einen Bericht über das Leben in der Siedlung schreiben, eine Art Protokoll. Von seiner Wohnung aus sieht er den Kühlturm, darüber die Dampfwolke. In der Siedlung trifft Max, selber ein Sonderling, auf Kinder, die er auch etwas sonderbar findet. Er streift durch die Gegend, trifft im Tankstellenshop auf Teresa, die nur Bob Dylan hört. Ein ordentliches Gespräch mit den Menschen kommt kaum zustande. Lange sucht er den «Archivar» der Siedlung, schliesslich muss er einen Bericht abliefern über «Timbuktu». Dazwischen besucht er im Heim seinen Grossvater.

In diesem Roman passiert nicht viel, es wird wenig geredet, es herrscht eine gespannte Stimmung. Als Max den Ort verlässt, die ehemaligen Mieter sind wieder da, ist ausser einem Siedlungsfest nichts passiert. Alltag im schweizerischen Mittelland? *hk.*

Lukas Gloor: **Timbuktu**. Roman. Verlag Die Brotsuppe 2023, 186 Seiten, 29 Franken.

Gespräche

Der Autor dieses Essays sieht eines der grössten Probleme unserer Zeit in der Einsamkeit. Dies trotz den digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, den sogenannten Sozialen Medien. Diese würden jedoch «zu profitzwecken missbraucht». Er plädiert deshalb für offene Gespräche, was bedeutet «einfach darin anwesend zu sein sodass klar wird dass der:die andere nicht mit sich selber redet und nicht allein ist jetzt und grundsätzlich».

Der Essay in lyrischer Form – geschrieben in Kleinschrift, ohne Interpunktion – ist im Zuge der Covid-Pandemie und der Reflexion über zwischenmenschliche Beziehungen entstanden. Der Kulturwissenschaftler



und Philosoph Stefan Ivanov plädiert darin für Ehrlichkeit gegenüber sich selber und für Öffnung gegenüber den Mitmenschen mit ehrlichen Gesprächen. Dazu sei Mut nötig. Nur so könne Zwist und Krieg verhindert werden. Der schmale, zweisprachige Band wurde von Viktoria Dimitrova Popova aus dem Bulgarischen ins Deutsche übertragen. Dank der lyrischen Form kein trockener Essay, sondern sprachlich spannende Lektüre. *hk.*

Stefan Ivanov: **mit dir**. Poetischer Essay, Bulgarisch/Deutsch. Verlag Ink Press 2023, 36 Seiten, 19 Franken.

Schreiben

Wie gehen vom Krieg betroffene Schriftstellerinnen und Schriftsteller mit diesem um? Können, sollen oder müssen sie schreiben oder schweigen? Diesen Fragen ist diese Ausgabe der Literaturzeitschrift «Orte» gewidmet. Die Redaktion hat sich mit den vom Krieg betroffenen Autoren Serhij



Zhadan und Enes Karic über diese Fragen unterhalten und stellt deren Texte und die Kriegsumstände, die zu den Texten führten, vor. Dazu werden u. a. Textauschnitte von Lew Tolstoi, Georg Trakl oder Khaled Khalifa zum Thema «Schreiben im Krieg» vorge-

stellt. Der Slavist Ulrich Schmid, Professor an der HSG, steuert zum Thema Krieg seine Bestenliste bei. In der Rubrik «wanderorte» wird Ronco vorgestellt, die Wahlheimat von Erich Maria Remarque, Autor von «Im Westen nichts Neues». Bebildert wird dieses Heft mit Fotoaufnahmen von Peter Hebeisen. Er besuchte Jahrzehnte später ehemalige Schlachtfelder und machte beeindruckende Landschaftsaufnahmen, in denen kein einziger Mensch zu sehen ist.

Hermann Koch

Schweizer Literaturzeitschrift Orte, Heft Nr. 220: **«Ich dachte, die Erdkruste sei aufgesprungen.»** Schreiben im Krieg. Orte Verlag 2023, 90 Seiten, 18 Franken.

Krimi der Woche



Karl Raben ist ein aufgeweckter junger Kriminalassistent, der Verbrechen aufklären und Karriere machen möchte. Zu seinem Unglück ist er dies im Berlin des Jahres 1932, in dem die Nazis vor der Macht ergreifung stehen und sich ihre SA-Truppe mit den Kommunisten Strassenschlachten liefert.

Dies ist auch der Ausgangspunkt der Geschichte: Der Journalist Kurt Esser sitzt beim Abendbier und wird von einem SA-Stosstrupp unter der Leitung von Gustav Fehrkamp gezielt mit mehreren Schüssen ermordet. Raben ist mit der Aufklärung des Mordes beauftragt: Kriminalistisch einfach, praktisch aber schwierig. Erstens, da alle schwei-

gen, obwohl sie die Mörder kennen, und zweitens innerpolizeilich. Er zweifelt, dass alle seine Vorgesetzten wollen, dass er den Mord aufklärt und dass der Anführer der Mörder, falls er ihn überführt, nicht umgehend freigelassen wird. Die Polizei ist teilweise bereits von Nazisympathisanten unterwandert und teils, wie Rabens unmittelbarer Vorgesetzter, will sie es mit ihnen nicht verderben, bis klar ist, in welche Richtung die Politik kippt.

Raben interessiert dies vorerst wenig, es gelingt ihm, Zeugen aufzutreiben. Diese werden allerdings misshandelt oder gar umgebracht. Aber für den Mörder Fehrkamp wird es doch zu heiss in Berlin, und er flieht nach Wien. Raben holt ihn mit Hilfe des antinazistischen Untergrunds zusammen mit Lena, einer Redaktionsassistentin, die zu seiner Frau wird, zurück und erhält dafür auch Anerkennung und Lob. Da indes Hitler in der Zwischenzeit zum Reichskanzler ernannt wurde und Goebbels und Göring in Berlin das Sagen haben, wird der Mörder rasch frei gelassen und zu einem

Helden der Bewegung ernannt. Raben gewann mit seiner Aktion die Aufmerksamkeit von Heydrich, und dieser spannt ihn zusammen mit Himmler im Kampf der SS gegen die SA ein. Er kann sich Heydrich kaum widersetzen, da dieser seiner jüdischen und schwangeren Frau einen Arierschein ausstellte, den er jederzeit widerrufen kann. Der Roman ist filmartig, mit sehr raschen Schnitten aus sehr unterschiedlichen Perspektiven, mit viel Personal erzählt. In der ersten Hälfte dominiert das Katz- und-Mauspiel zwischen Raben und Fehrkamp, in der zweiten steht die politische Auseinandersetzung zwischen der SA und der SS im Vordergrund. Dabei tritt sehr viel Naziprominenz in Dialogen und mit sehr vielen historischen Fakten auf. Die Moral oder die Lehre kommt fast immer in kurzen und secen Sprüchen. Ausgesprochen unterhaltend und geschichtlich bildend. *kl.*

Christian V. Dittfurth: **Tanz mit dem Tod**. Verlag C. Bertelsmann 2022, 488 Seiten, 33.90 Franken (Taschenbuch erscheint demnächst).

«Proletarische Tendenzkunst»

Kriege sind etwas für Helden und Kunst feiert die Sieger. Käthe Kollwitz (1867–1945) durchbrach diese scheinbare Logik und richtete ihren Blick auf die Unterdrückten, die Zivilgesellschaft, das intime Leiden. «Stellung beziehen» im Kunsthaus Zürich vermittelt ihre akribische Suche nach dem Wesentlichen.

Thierry Frochaux

Kohle, Tusche, Radierung, Lithographie, Holzdruck – jedes dieser Verfahren gehorcht eigenen Gesetzmässigkeiten, was die Betonung der Wirkung anbelangt. Jonas Beyer und Hannelore Fischer hängen für die Verdeutlichung von Kollwitz' Suche nach dem eindringlichsten Ausdruck bei zahlreichen Themen diverse Stadien ihrer Formsuche als Serien nebeneinander. Das nicht so genannte Ziel einer ikonischen Lesbarkeit durch das scheinbare Paradox der Erlangung einer grösstmöglichen Symbolkraft durch die maximale Vereinfachung verleiht ihren Werken eine zeitlose Universalität. In diesem Ansinnen blieb sie als Künstlerin natürlich nicht allein. Aussergewöhnlich, und den Katalogessays gemäss mehrfach zum deutlichen Missfallen des deutschen Kaiserpaars und noch viel ausgeprägter während der nationalsozialistischen Diktatur, war ihre inhaltliche Beschäftigung mit dem künstlerischen Reiz des Lebens des Proletariats, was sie rückblickend als nicht ursächlich aus sozialen Gründen, sondern allein der Schönheit wegen beschrieb. Richard Hamann kanzelte Kollwitz' Kunst in seinem Standardwerk zu Kunstgeschichte von 1933 mit der lapidaren Zuschreibung «proletarische Tendenzkunst» ab und unterstellte ihr eine rückwärtsgewandte Sentimentalität, anstatt sich der «vorausweisenden Sachlichkeit» zu verschreiben. Gemäss Hannelore Fischers Einführung «lässt sich ihr Oeuvre keiner der grossen künstlerischen Strömungen des 20. Jahrhunderts zuordnen».

Freigeistige Kämpfernatur

Ihre sozialen Wurzeln in einer freikirchlichen Gemeinde, in der «die unbedingte Gewissensfreiheit des Einzelnen ebenso entscheidend sind wie die freie, sittlich-religiöse Selbstbestimmung» (Fischer), ihre Heirat mit dem sozialdemokratischen Arzt Karl Kollwitz, der in Berlin praktizierte und die zeitgenössischen Debatten über die Aufgaben der Kunst – Max Klinger nannte die Malerei zuständig für die Schönheit und die Zeichnung für die «Kritik mit dem Griffel» – lassen unter Berücksichtigung der Zeitläufte die zunehmende Politisierung von Käthe Kollwitz im Rückblick als



Die Unbedingtheit des Willens dieser schier übermenschlichen Anstrengung erzählt gleichsam von der Not wie die Bildkomposition an sich eine aufrichtige Verehrung dafür vermittelt. (Käthe Kollwitz: «Die Pflüger». Blatt 1 aus dem Zyklus «Bauernkrieg», 1907. Kunsthaus Zürich.)

eine logische Entwicklung erscheinen. Die Realität dürfte weit komplexer gewesen sein. Ihre kunstfertige Meisterschaft wird im Katalog inklusive ihrer

Die Wirkmacht von Käthe Kollwitz' Werk durchdringt einen emotional fast wie Musik, der man sich auch nicht aktiv entziehen kann.

Studien, Stipendien, Ernennungen und Auszeichnungen als weitem anerkannt beschrieben und lässt sich anhand der Exponate eindringlich überprüfen. Allein die Umstände waren disparat. Die Kriegsbegeisterung der Jugend, die sich wie einer ihrer Söhne freiwillig meldeten und im Kampfe fielen, stand als merklich euphorische Grundstimmung einem zu Tausenden erlittenen Elend des zu erfahrenden Todes eigener Kinder gegenüber. Dieser von aussen nur erahnbare Schmerz und die künstlerische Form- und Technikfindung damit bildet in der Ausstellung die grösste Serie und ist vermittelt ohne katholisch-mystisch überhöhen den Heiligenhintergrund zu jeder Zeit einen Stich ins Herz. Dergestalt auf den Punkt gebracht, ist die Furcht einer Obrigkeit vor einer wehrzersetzenden Wirkung solcher Darstellungen nur zu gut vorstellbar.

Kritik ist subversiv

Bereits die ersten Serien, mit denen Käthe Kollwitz berühmt wurde, hatten zwar historisch-literarische Vorbilder, aber schon der «Weberaufstand» (Gerhard Hauptmann) oder «Bauernkrieg» (Wilhelm Zimmermann) zeigten Szenen der Auflehnung gegen die Misere, die ein Gros der Bevölkerung betraf. Ihr Ruf, so scheint es, veränderte sich aber erst posthum von der streitbaren Vorkämpferin zur nachgerade hellsichtigen Pionierin. Den Sprung ins Heute und die nochmalige Abstraktion unternimmt die Ausstellung mit raumgreifenden Interventionen von Mona Hatoum (*1948), die ihrerseits sehr viel stärker auf den Intellekt zielen, darin aber nicht minder die universelle Lesbarkeit im Sinn haben. Die drei Metalltürme «Burj I bis III» etwa sollen gemäss Jacqueline Burckhardt eine Anlehnung an das über Beirut thronende, seit dem libanesischen Bürgerkrieg kriegsversehrte Hotel Holiday-Inn haben, könnte aus einer anderen Perspektive aber gerade so gut auf dem Schrottplatz entsorgte, ausgeschossene Stalinorgeln meinen. Ein Unwohlsein bis nahe einer Bedrückung erhascht einen auch in Hatoums Werken recht unmittelbar, wohingegen die nachgerade physische Emotionalität von Käthe Kollwitz einen weitaus heftiger trifft. Die Wirkmacht von Käthe Kollwitz' Werk durchdringt einen emotional fast wie Musik, der man sich auch nicht aktiv entziehen kann.

«Stellung beziehen – Käthe Kollwitz. Mit Interventionen von Mona Hatoum», bis 12.11., Kunsthaus Zürich. Katalog bei Hirmer.

Unfreiheit

«Substraction» vereint dramaturgische Spannung mit einem philosophischen Twist.

Oberflächlich ist der Film von Mani Haghighi und Co-Drehbuchautor Amir Reza Koohestani ein düsteres Märchen, bei dem während der Spieldauer mehrfach der Eindruck entsteht, man wisse schon worauf es hinausliefe. Philosophisch bezieht sich die Jekyll-und-Hyde-Thematik auf die iranische Lebensrealität, mit verschiedenen Gesichtern im Privaten wie im Öffentlichen auftreten zu müssen. Und dann gibts da auch eine Ebene von puristischer Romantikvorstellung à la Romeo und Julia, die sich mit einer Schräglage von handgreiflicher Machomännlichkeit in Paarung mit einer leidlich dümmlich angelegten weiblichen Unterwürfigkeit duelliert. Dem eher ärmlichen Ehepaar Farzaneh (Taraneh Alidoosti) und Jalal (Navid Mohammadzadeh) steht mit Bita und Mohsen ein äusserlich exaktes Doppelgängerpaar aus einer gehobeneren Schicht gegenüber. Die sogenannten gute und die sogenannte böse Version von ein und derselben Person sind über Kreuz miteinander verheiratet. Ihre Probleme erscheinen auf den ersten Blick vollends verschieden, während sie in ihrem Fundament auf dasselbe Übel hinweisen: Unfreiheit. Von aussen so lange so erfolgreich oktroyiert, bis sich jede Per-



son als Selbstschutz in eine Marionette verwandelt hat, aber vor lauter eingetübter Abgestumpftheit sogar jedes innere Feuer eines Lebenstraums zu verlieren droht. Es sind die unscheinbaren Augenblicke humanistischer Zuwendung von Empathie und Herzlichkeit, die eine komplette Erstarrtheit verhindern.

Ein Film wie ein metaphorischer Hilferuf aus dem Iran, in dessen Ausweglosigkeit auf dem naiv-unbeschwerten Kinderblick allein alle Hoffnung ruht, auch weil sich die Weisheit des Alters in die Rolle des stummen Zeugen zurückgezogen hat. «Substraction» steht in der Tradition von politisch-poetischen persischen Märchen, deren Vielschichtigkeit einen über den Intellekt hinaus in ihren Bann ziehen und einen je reichhaltiger beschenken, je feinfühler die eigenen Antennen sind. *froh.*

«Substraction» spielt im Kino Uto.

Dilemma

Für Biodiversität oder gegen Klimawandel? Über das Dilemma auf einer Basler Brache.

Seit rund vierzig Jahren ist der Badische Rangierbahnhof in Basel ausser Dienst. Die sich seither entwickelte Biodiversität auf den zwanzig Hektar Land sind unterdessen im «Inventar der Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung» vom Bund als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Zeitgleich bemüht sich SBB Cargo, die Verlegung des Güterumschlags auf die Schiene am Knotenpunkt Basel, wo Schifffahrt, Güterzüge und LKW-Verlad für die sogenannte letzte Meile zusammenkommen, markant zu steigern, wofür ein Ausbau der Hafenskapazitäten vonnöten wird. Der einzige mögliche Ort für eine solch grosse Infrastruktur ist ausgerechnet derselbe Fleck Land. In einer Baselstädtischen Volksabstimmung am 29.11.2020 stimmten 57 Prozent für den Bau des sogenannten Gateway Basel Nord. Pro Natura und WWF bereiten sich darauf vor, den juristischen Weg zu beschreiten. Martin Schilt und Daniel Ballmer zeigen mit «Bahnhof der Schmetterlinge» in einem unterdessen altmodisch wirkenden journalistischen Informationsverständnis, weil beide Seiten mit allen ihren Argumenten ausführlich zu Wort kommen, welche unbestreitbaren Dringlichkeiten



hier einander entgegenstehen. Verzwickt ist die Lage insbesondere dadurch, dass der Kampf nicht simpel Kommerz versus Natur lautet, sondern weil grundsätzlich beide Ansinnen in sich vollends sinnvoll und erstrebenswert erscheinen: Die Erhaltung der Biodiversität und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Die Dokumentarfilmer legen grossen Wert auf Ausgewogenheit und stellen vor allem auch die vielen ineinander greifenden Zusammenhänge nachvollziehbar dar. Sie stellen damit ihr Publikum höchstselbst vor dieses Dilemma, das aktuell mehrere Bundesämter, Transportkonsortien, Naturschutz-NGO und letztlich auch die nationale Politik beschäftigen. Die Thematik ist dermassen diffizil, dass sich die Trennlinie zwischen Pro und Contra quer durch die üblichen (politischen) Lager zieht. *froh.*

«Bahnhof der Schmetterlinge» spielt im Kino RiffRaff.

Misstrauen

Sieben Jahre dauerte die filmische Spurensuche nach dem Jenischen für «Ruäch».

Was der Film von Andreas Müller, Simon Guy Fässler und Marcel Bächtiger jetzt genau erzählt, ist nach den zwei Stunden Alltagsbeobachtungen, klandestinen Offgesprächen am Telefon und vagen Andeutungen von erlittenen behördlichen Übergriffen gar nicht so ganz klar.

«Ruäch», der jenische Begriff für Nichtjenische, ist der Versuch, Anschluss zu finden an eine Gesellschaft, die sich nach generationenlanger Marginalisierung und Diskriminierung nicht von ungefähr skeptisch bis misstrauisch gegenüber jeder Annäherung von aussen zeigt. Die meisten Protagonist:innen bleiben namenlos, und dramaturgisch sprengt der Film jedes gewohnte Narrativ. Vielmehr entwickelt sich im Publikum eine Nachfühbarkeit für die Situation von Menschen mit einer Lebensweise, die offenbar seit jeher ver-



schrien, verjagt und verfolgt worden sind. Und dies anscheinend dermassen effizient, dass sich die Kultur und die Sprache der Jenischen beinahe gänzlich verflüchtigt haben.

Von Savoyen über die Schweiz bis nach Kärnten führt die filmische Reise, die jeder romantisierenden Verklärung entbehrt und vielmehr ein Volk zeigt, das schmerzlich verinnerlichen musste, dass Hilfe von nirgendwo zu erwarten ist und eine etwaige lobbyistische oder emanzipatorische Gegenwehr für mehr Selbstbestimmung und durchsetzbare Rechtsansprüche nicht in dem Masse zu einer regelrecht gesamtgesellschaftlichen Bewegung zu entwickeln sind, dass ein wiederholter Anlauf dafür als nicht opportun angesehen werden muss.

Es sind seltene Einblicke in Leben von Personen, die allen Hindernissen zum Trotz sich und ihre Familien in einer möglichst spezifischen jenischen Lebensweise finanziell über Wasser zu halten und ihre Kultur zu bewahren trachten, im vollen Bewusstsein, dass es nicht in ihrer Macht steht, die ihnen entgegengebrachte Feindseligkeit in eine neutrale oder gar positive Konnotation hin zu verändern. Allein, ihren Stolz und ihre Würde lassen sie sich nicht nehmen. *froh.*

«Ruäch» spielt im Kino RiffRaff.

Eine richtige Amerikanerin

Sie sagte, jetzt sei ich eine richtige Amerikanerin und lachte. Ich lachte auch und freute mich fest. Eine richtige Amerikanerin. Ich! Anlass zur Freude gab es freilich nur insofern, als dass ich halt gerade sehr gerne eine gewesen wäre, die Umstände aber waren weniger heiter. Es ging nämlich darum, dass ich verkündete, ich würde «deswegen» nun sicher nicht zum Arzt gehen, das sei zu teuer und zu kompliziert. Das ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert für mich und vor allem eben typisch amerikanisch. Aber der Reihe nach. «Deswegen» heisst, dass ich im Laufe meines Amerikajahres irgendwann einen vielleicht neuen dunklen Punkt auf meinem Arm entdeckte, so sicher war ich nicht. Jetzt muss man wissen, dass ich früher eine wirklich aussergewöhnlich krasse Hypochonderin gewesen bin (dazu später). Was ich auch heute noch für mich in Anspruch nehmen kann, ist, dass ein Onkel an Hautkrebs gestorben ist und mein Vater fast und ich selbst über so viele Sommersprossen verfüge, dass das unmöglich im Alleingang zu überblicken ist, weshalb mir Dermatolog:innen dringend raten, alle sechs Monate einmal zur Kontrolle zu kommen. Dass ich das nun nicht machte und mich auf später vertröstete, wenn ich wieder in der Schweiz wäre, hatte damit zu tun, dass die Jahreskontrolle bei der amerikanischen Gynäkologin dermassen astronomisch teuer ausgefallen war, dass ich noch immer unter Schock stand. Die Abrechnung mit der Schweizer Krankenkasse war eine

Odyssee, immer fehlten Dokumente, Belege, Berichte und die Aussicht darauf, dass das mit einem Besuch bei einer Dermatologin genau gleich ablaufen würde und ich es am Ende dann doch selbst zahlen musste, war so furchtbar, dass ich beschloss, «deswegen» nun nicht zum Arzt zu gehen. Wie eine richtige Amerikanerin eben. Das alles fiel mir wieder ein, ihr werdet es längst vermutet haben, als die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli am letzten Sonntag sehr laut über die Abschaffung der obligatorischen Krankenversicherung nachdachte. Es ist erstaunlich, dass sie wirklich meint, damit Geld zu sparen und ich unterstelle ihr Unvermögen oder Zynismus und bin mir nicht mal sicher, was besser wäre. Anders als ich dachte, als ich noch in der Schweiz lebte, ist das amerikanische Gesundheitssystem nicht grundsätzlich schlecht. Es kommt einfach darauf an, in welchem Stadium des Krankheitszustandes man damit in Kontakt kommt. Hat man also beispielsweise Krebs, kann man auf absolut topausgebildete Ärzt:innen zählen, auch dann, wenn man jetzt nicht so wahnsinnig viel Geld hat. Weil man mit nicht so wahnsinnig viel Geld aber eben nicht zum Arzt geht, bis es unumgänglich ist, kosten die Behandlungen dann schlussendlich Unsummen. Mit Vorsorgeuntersuchungen, wie sie in der Schweiz von der Krankenkasse bezahlt werden, können viele schlimme Verläufe verhindert werden. In den USA wird aus finanziellen Gründen wenig verhindert. Unter dem

Strich ist das natürlich nicht günstiger, als wenn man den Zugang zum Gesundheitssystem schon vorher allen ermöglicht. Und das ist jetzt erst die ökonomische Argumentation, von der menschlichen haben wir noch gar nicht gesprochen. Um auf meine Vergangenheit als Hypochonderin zurückzukommen: Auch ein weiterer, allerdings älterer Vorschlag der Gesundheitsdirektorin ist leider Unsinn. Im Interview mit der «Sonntagszeitung» brühtet sie sich damit, bereits als Nationalrätin einen Vorstoss eingereicht zu haben, der forderte, dass man für das Aufsuchen des Notfalls eine Gebühr bezahlen muss. Damit soll verhindert werden, dass man wegen jeder Bagatelle gleich ins Spital rennt. Auch hier erreicht man nichts, oder verschlimmert. Keine Hypochonderin dieser Welt lässt sich von einer Gebühr von einem Notfallbesuch abhalten, schliesslich meint sie, dass sie stirbt, wenn nicht jetzt gleich, dann später. Was ist da schon Geld dagegen! Hingegen wird es genau jene am nötigen Handeln hindern, die so schon jeden Franken umdrehen müssen. Sie können sich die Früherkennung nicht leisten und müssen warten, bis sie dermassen todkrank sind, dass der Staat für sie aufkommt. So, wie das richtige Amerikaner machen und zynische Gesundheitsdirektorinnen fordern.



Andrea Sprecher

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort
